

stimme

VON UND FÜR MINDERHEITEN

REPRÄSENTATION(EN)

MINDERHEITENANGEHÖRIGE IM "WINDKANAL" DER POLITIK

Wahlzeit ist! Alle KommentatorInnen (aber nicht nur sie) analysieren, mutmaßen und prophezeihen. Ich kann die meisten von ihnen nicht mehr hören oder lesen geschweige denn selbst darüber schreiben. Das journalistische Ratespiel nimmt manchmal verlogene Züge an: Zuerst ellenlang über Chancen und Fischereigebiete der Parteien zu dozieren, so, als kenne man jede/n PolitikerIn und Wählerln persönlich, und dann, wenn die erste Hochrechnung in farbigen Balken auf dem Bildschirm hochschießt, vom "Erdrutschsieg" oder "dramatischen Wahlergebnis" zu reden. Und das in Schlagzeilenformat! Dabei wird nicht nur das eigene Scheitern in Sachen Prognostizieren kaschiert. Vor allem wird auf harmlos getan, als hätten die Medien nicht den Löwenanteil an Meinungsbildung in Wahlzeiten.

Die Umfrage-Profis sind nicht etwa besser dran. Woche für Woche verbreiten sie "self-fulfilling"-Umfragewerte vor den Wahlen; wenn es am Ende dennoch anders ausschaut, wollen sie alle diejenigen gewesen sein, welche der Wahrheit am nächsten gekommen sind. Wie das telefonische Goldene-Philharmoniker-Gewinnen nach der Peinlichkeit mit dem Geldregen im ORF-"Windkanal". "Protestwähler!" rechtfertigen sie dann ihr Danebenliegen oder "Nichtwähler-Votum".

Niemand ist schließlich mit dem Wahlergebnis zufrieden. Das angebliche Prinzip der Demokratie, der "kleine" Demos-Mensch, nicht, weil er mit seinem Stimmzettel - wie ihm suggeriert wurde - am liebsten das gesamte Kabinett diktiert hätte, aber bloß eine Zahl hinter dem Komma auf der Nach-Wahlen-Statistik darstellt; die notorischen VerliererInnen (zu denen ich mich zählen darf) nicht, weil sie wieder einmal auf die falsche Partei gesetzt haben; die JournalistInnen und Umfrage-ExpertInnen siehe oben; und die PolitikerInnen sowieso nicht, weil sie im tiefen Herzen jedes Plebiszit hassen. Nur die kleine Gruppe der SiegerInnen, d. h. der in die Regierung Berufenen und quer ins Parlament Einsteigenden (samt Konsorten), kann nach den Wahlen ein Volksfest feiern (zumeist ohne Volk).

Woran liegt das? Warum ist die Demokratie zusehends zu einem Spiel im und nach dem Windkanal geworden? Zu einem gefährlichen, weil höchst ungewissen Spiel? Ich fürchte, die Antwort klingt ein wenig paradox: Der Bereich (und die Tätigkeit), den wir Politik zu nennen gewohnt sind, ist mittlerweile zutiefst unpolitisch geworden. Es geht nicht mehr um "Inhalte" – um ein altmodisches Wort zu gebrauchen -, nicht mehr um die glaubhafte Vertretung von Interessen einzelner Gesellschaftsgruppen, sondern um die Farbe der Krawatte, die Länge des Kleids, die Coolness der Frisur oder die Anzahl der pro Minute fehlerfrei artikulierten Wörter, kurz: um das Image. Politik ist heute der medial inszenierte Kampf der Feschesten, die Eurovision des Regierens und Regiertwerdens. In ihren Festkleidern betreten die Show-Männer und -Frauen die Bühne, ziehen ihre Nummern auf Schlager-Niveau ab, und die "Volksjury" spricht: "XY: Zehn Punkte! Ten points!". Deswegen gerieren sich PolitikerInnen immer mehr wie die Method-Act-AbsolventInnen aus Hollywood; sie können auf Knopfdruck weinen oder lachen, sich über Temelin ärgern oder wegen der Flutkatastrophe trauern, "Zähne zeigen" oder "staatsmännisch agieren". Deswegen sehen die TV-Diskussionen mit SpitzenkandidatInnen mittlerweile wie ein Box-Kampf nach den Regeln des Kunsteislaufs aus; und deswegen feiern QuereinsteigerInnen, Erdrutschsiege und ProtestwählerInnen fröhliche Urständ'. Deswegen auch liegen Vorwahl-Analysen regelhaft falsch, können Umfragewerte alles bestimmen und zugleich furchtbar danebenliegen. Deswegen sehen PolitikerInnen wie mediale Puppen aus (oder männliche und weibliche Puppen aus den Medien werden in die Politik geholt). Und deswegen hat ausnahmlos jede Partei Minderheitenangehörige als KandidatInnen auf ihren

Es gibt in Österreich zu Wahlzeiten keine traditionell minderheitenfreundliche Partei mehr – das sind sie alle. Sogar die FPÖ ist bemüht, im minoritären Gefilde zu fischen. Seit – naturgemäß zuerst – die *Krone* enthüllte, daß es eigentlich die "eingebürgerten Türken" waren, die dem deutschen Kanzler Schröder zur Wiederwahl verhalfen, rechne ich jederzeit mit einem/r FPÖ-Kandidaten/in türkischer Herkunft.

Damit will ich zu einer aktuellen Kernfrage der Demokratie vorstoßen: Wenn die Politik zunehmend zur medialen Show wird, wo ist dann die "wirkliche" Politik hingewandert? Die Antwort scheint einigermaßen auf der Hand zu liegen: Die "pressure groups", die zumeist identitätspolitisch verfaßten Organisationen von Minderheiten und anderen "neuen sozialen Bewegungen" sind es, welche eine interessenbezogene und in eigener Sache expertenhafte Politik betreiben (während die beiden großen "Klassenparteien" von ehemals heute gleichermaßen die Versöhnung der Klassen vertreten). Daher ist jede Partei versucht, die Klientel dieser Gruppen zu erreichen, indem sie einige derer VertreterInnen in die Auslage stellt. Etwas verkürzt gesagt: Politische Lösungen sollen von den NGOs und Minderheitenorganisationen entwickelt werden; deren Früchte werden die Parlamentsparteien ernten, in Form von Kreuzerln auf Stimmzetteln (durch Special-group-KandidatInnen) und in Form von Vereinnahmung der gruppenbezogenen Sachpolitik. Nur wird diese Politik dann nicht mehr wiederzuerken-

Ich meine keineswegs, daß die zunehmende Kandidatur der Minderheitenangehörigen bei den Nationalratsund Kommunalwahlen von vornherein und nur als Vereinnahmung zu bewerten ist. Im Gegenteil: Es handelt sich dabei um einen "Normalisierungsprozeß", da die bessere Vertretung bisher nicht ausreichend vertretener Gruppen eine Normalisierung der Demokratie darstellt. Aber "Normalisierung" bedeutet ihrerseits die Anpassung an die Norm. Die Normen der Show-Politik verlangen nicht selten Kompromisse, die auf Kosten der Interessen- und Sachpolitik geschlossen werden. Minderheitenangehörige, die "in die Politik gehen", um den eigenen Gruppeninteressen Sicht- und Hörbarkeit zu verleihen, könnten in die Falle der Auslage-Existenz tappen. Im Windkanal der Politik kann man nicht nur gewinnen - zuviel Gewinn macht auch die Gestalt der/des Gewinners/in allzubald unsichtbar.

Ja, es ist Wahlzeit. Mahlzeit!

Hakan Gürses

impressum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostergasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, e-mail: initiative.minderheiten@chello.at; Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, e-mail: stimme@chello.at; Chefredakteur: Hakan Gürses; Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursal Hemetek, Michael Oertl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gabriele Müller-Klomfar (gmk), Isabelle Bene; Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Dieter Schmutzer, Stefan Nicolini, Marinela Vecerik, Katina Lair, Anita Konrad, Kahlauer, mh, ed, M. Fürst; Fotoredaktion: Mehmet Emir; Zeichnungen: Hakan Gürses, Andreas Ohrenschall; Graphische Gestaltung: schultz-Hediengestaltung; Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566; Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): € 14,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

inhalt

Die Biedermeierisierung Österreichs von Erich Demmer Widerstand, Selbstorganisation und Repräsentation von Ljubomir Bratić Die Institutionalisierung einer "Dienstbott-nengesellschaft" von Aslı E. Odman Politische Konstruktion der MigrantInnen-Identität von Gruppe Or-Om 12 Die Partizipation der ethnischen Minderheiten in der Republik Slowenien von Boris Jesih 14 Strategien gegen Rassismus in den Medien - zumindest ein Anfang von Verena Krausneker 16 Vielfalt in der Einheit von Alev Korun 17 Brief nach Istanbul von Gerald Kurdoğlu Nitsche 18 Groll: Nach dem Hochwasser von Erwin Riess 19 Nachlese: Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz von Michaela Mayrhofer 20 22 **Berichte** 23 Kulturen und Künste 24 **Tips Kahlauers Tagebuch** 27



Thema: Repräsentation(en)

Repräsentation, der zentrale Begriff in den Demokratietheorien, spielt vor allem für die Minderheiten eine wichtige Rolle. Alle Ziele minoritärer Politik (Anerkennung, Gleichstellung, Gleichberechtigung, Antidiskriminierung, "positive Diskriminierung", Kultur- und Spracherhalt etc.) hängen mit Repräsentation zusammen bzw. durchlaufen, wie die Erfahrungen zeigen, die Phase der Repräsentation

Auch in Österreich melden sich Minderheitenangehörige bezüglich ihrer "Unsichtbarkeit" bzw. ihrer paternalistischen Behandlung durch Mehrheitsangehörige kritisch zu Wort und fordern ihre Sichtbarkeit in den politischen Repräsentationsstrukturen ein. "Selbstorganisation" heißt die Devise besonders der "neuen" Minderheiten. Während allerdings der

Großteil von Minderheitenorganisationen um die Erweiterung der (politischen, rechtlichen, medialen) Repräsentation der jeweils eigenen Gruppe bemüht ist, wird dieses identitäts-/differenzpolitische Konzept von manchen Theoretikerlnnen abgelehnt, da es die Übernahme des Machtdiskurses sowie die Konstruktion und den Ausschluß des/der "Anderen" nach sich ziehe. Außerdem sei Repräsentation, so die Kritikerlnnen, eng mit der "dunklen Seite", mit der euro-, phallogo- und androzentrischen, hegemonialen, Differenzen nivellierenden und sogar rassistisch konnotierten Dimension der Aufklärung verwoben.

Welche relevanten Formen der Repräsentation kann es innerhalb nationalstaatlicher Grenzen für Minderheiten geben? Mit welchen politischen Konsequenzen sind diese Repräsentationsformen verbunden? Was sind die Beziehungen zwischen "minoritären" Formen der Repräsentation und den vorhandenen hegemonialen Repräsentationsstrukturen? Diesen und anderen Fragen gehen die Autorlnnen des vorliegenden Themenschwerpunktes nach.

"Radio Stimme"-Nachlese

Im Dritten Reich wurden Tausende Personen von der Militärjustiz wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und Wehrdienstverweigerung verurteilt. In Deutschland wurde heuer eine kollektive Rehabilitierung der unter NS-Justiz in diesem Rahmen Verurteilten beschlossen, Doch wie geht die Republik Österreich mit diesem Stück Vergangenheit und den Opfern der NS-Militärjustiz um? Im Bericht wird ein laufendes Forschungsprojekt zum Thema vorgestellt.

DIE BIEDERMEIERISIERUNG ÖSTERREICHS

von Erich Demmer

Als die SPÖ vor einigen Monaten routinemäßig, fast im Halbschlaf, Neuwahlen forderte, glaubte sie selbst nicht an den Erfolg ihres Begehrens. Zwar waren bereits Risse im Regierungsgebälk zu sehen, aber mit einer derart rasanten Implosion des freiheitlichen Regierungspartners konnten selbst Optimisten nicht rechnen. Die von Schüssel und Haider ausgepackelte Regierung – auch ein Hochwasseropfer?

Sehr gut möglich, daß in der Hofburg ein sehr wichtiger Herr vor dem Spiegel bereits den "Ich hab's ja gleich gesagt!"-Blick übt. Und den Satz "Den unterirdischen Maulwurfweg kennst' eh noch vom Februar 2000!" für den Fall, daß der Bundeskanzler ihm gerade seinen Rücktritt erklärt hat. Vielleicht folgt auch noch: "Übrigens, sag deiner Ex-Außenministerin noch schöne Grüße von meiner Frau. Sie fürchtet, in Zukunft weniger zum Lachen zu haben. Und jetzt: Tschüssel!"

Zweieinhalb Jahre Blau-Schwarz war da etwas? Ist Österreich insgesamt autoritärer geworden? Aggressiver? Militaristischer? Querbeet kälter? Oder auch moderner? Weniger korporatistisch verfaßt? Ist das noch die Zweite Republik? Oder die Dritte? Oder geht der Marsch der Wenderegierung nicht nur durch die Wüste Gobi, sondern auch in Richtung Erster Republik? Sind die Bewohner dieses Landes offener, freier, besser informiert als zu Beginn dieses Experiments mit noch immer unsicherem Ausgang? Wie steht es mit den Reformen, die im Regierungsprogramm angekündigt worden sind? Und mit den Reformen, die angegangen wurden? Die dann auch durchgezogen wurden?

Das Bild ist uneinheitlich, und das hängt auch mit dem vorgezogenen Neuwahltermin zusammen. Dieser Regierung wäre es durchaus zuzutrauen gewesen, daß sie den Zwangsarbeitsdienst für Arbeitslose einführt. Daß der Vertrag zum Abfangjägerankauf am 25. November unterschrieben wird, wenn Schwarz-Blau am Vortag nicht abgewählt wird, ist sonnenklar - immerhin ist diese Regierung noch einige Zeit, wenn auch kommissarisch, im Amt. Und der vorgezogene Wahlkampf hat ja einiges gekostet. Aber diese Gedanken schreibt man eher nicht nieder, wenn der Justizminister noch Dieter Böhmdorfer heißt.

Unzweifelhaft gab es auch einige Erfolge dieser Koalition. Der Restitutionsfonds für die Opfer des Nationalsozialismus war überfällig, ebenso die Annäherung der rechtlichen Situation der Arbeiter an die der Angestellten. Auch daß der Kronen Zeitung die Grenzen ihrer Macht gezeigt wurden, war ein-

mal notwendig. Und dann zauberte noch die FPÖ durch die Auswahl ihrer Ministerpersönlichkeiten (Michael Krüger, Elisabeth Sickl, Michael Schmid, Monika Forstinger, Herbert Haupt und Mathias Reichhold) ein herzhaftes Lachen in die vom oft tristen Alltag bedrückten Mienen der heimischen Bevölkerung. Mit dieser unfreiwilligen Kabarettistentruppe könnte man 20 erfolgreiche Lustspielfilme drehen.

Damit wurde unverdientermaßen der

schwarzen Regierungsriege die Show gestohlen. Die Bildungsministerin Elisabeth Gehrer konzentrierte sich darauf, die katastrophale Rechtschreibreform am Parlament vorbeizuschmuggeln, die Studiengebühren trotz gegenteiligen Wahlversprechens (wäre nicht Dieter Böhmdorfer immer noch Justizminister, müßte man sie als Lügnerin bezeichnen, so aber aus guten Gründen nicht) einzuführen und ihren Sohn Stefan Gehrer (hat er vor 20 Jahren zu Schüssel Onkel Wolfgang gesagt?) in der ersten Reihe der ORF-Nachrichtensendung "Zeit im Bild" zu verankern – so etwas würde sich weltweit wohl nur noch Saddam Hussein trauen. Innenminister Ernst Strasser hat in der Asylpolitik so gehandelt, als ob sein Vorname Gregor oder Otto wäre. Die Außenministerin hat hauptsächlich politisch unliebsame Österreicher und -innen in Italien vernadert, beschuldigte Mitarbeiter der UN-Untersuchung entzogen und sich mit dem Bundespräsidenten ein pikantes Duell bei Staatsbesuchen geliefert. Wirtschaftsminister und Rechtsverbinder Bartenstein überlegt immer noch, wie er die Arbeitslosen unauffällig zum Hundstrümmer-Entfernen einsetzen kann. Einzig Landwirtschaftsminister Molterer scheint sich für das Ganze geschämt zu haben, so still und unauffällig war er. Und vom Schlagersänger Morak im Kunst-Staatssekretariat schweigen wir besser, denn Dieter Böhmdorfer ist immer noch Justizminister.

Dazu kommt noch ÖVP-Klubchef Andreas Khol mit seinem schlimmen Sager "Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit", mit der er die Vielzahl der verbreiteten Lügen schönschminken wollte. Gleich zu Beginn seines Buches *Der* lange Marsch durch die Wüste Gobi beschreibt Khol, wie er einem Kurier-Innenpolitik-Journalisten zu diktieren pflegt, was dieser zu schreiben hat. Aber vielleicht ist Khol ein Partisan, der für die Löwelstraße arbeitet. Immerhin sah sich Khol, nachdem die ÖVP-Granden Erhard Busek abgeschossen hatten, schon als neuer schwarzer Bundesobmann und verteilte bereits Ministerlisten, ehe der aus Japan zurückgekehrte Schüssel dann doch noch an ihm vorbeizog. Das wird Khol dem Schüssel nie im Leben verzeihen, meinen Intimkenner des schwarzen Regierungsblocks.

Womit wir beim Bundeskanzler wären. Vor kurzem moderierte Stefan Gehrer in der "Zeit im Bild", natürlich streng neutral und objektiv, einen Beitrag ein, in dem Schüssel Salzburger Sechsjährigen erklärte, daß er so etwas wie Bürgermeister oder Landeshauptmann von Österreich sei. Da kommt nicht nur die infantilisierende Menschenbehandlung des ÖVP-Obmanns zum Vorschein, sondern auch sein Amtsverständnis: Am liebsten Eröffnungsbänder durchschneiden und neue Kanaldeckel segnen, aber ja kein Wort, das den Koalitionspartner verstimmen könnte. Als er dann die Koalition doch auflöste, war die Bevölkerung so überrascht, von ihm etwas zu hören, daß sie ihm auf der Stelle Handlungskompetenz zuschrieb. Ob das bis zur Wahl reicht, wird sich weisen.

Visionen hat dieses Kabinett jedenfalls nicht entwickelt. Nach der Regierungsbildung gab es überhaupt keine Aufbruchsstimmung, wie sonst bei politischen Wenden üblich. Als etwa Bruno Kreisky 1970 Kanzler einer SPÖ-Alleinregierung wurde, strotzte das Land vor Bekennerfreude: Auf zahlreichen Autos prangte das Pickerl mit einem großen Einser und dem Schriftzug "SPÖ". Im Februar 2000 versicherten die Leute einander in der Warteschlange des Supermarktes, sie hätten "die" nicht gewählt. Nur durch die Instrumentalisierung der sogenannten EU-Sanktionen konnte die Regierung von ihrer Unpopularität ablenken - ein Außenfeind war gefunden.

Die weitere Tätigkeit verlief auf zwei Schienen: der symbolischen Umschilde-

rung und brutalen Umfärbung bestehender Institutionen (der lange Krieg gegen Hans Sallmutter, die Einsetzung von Prinzhorn-Freunden im Bereich der staatsnahen Wirtschaft, die Einschwärzung des ORF, die Bestückung von hochrangigen Ministeriumsposten mit Bekannten und richtig kolorierten Vertrauensleuten etc.). Der zweite Tätigkeitsbereich war im Sinne der diese Regierung unterstützenden Wirtschaft: eine vor sich herstolpernde Privatisierung und Liberalisierung unter dem Bronner/Qualtinger-Motto "I waaß net, wo i hin wü, aber dafür bin i schnöller durt!" Liberalisierung bedeutet in diesem Zusammenhang die Befreiung der Bevölkerung von gewohnter Verläßlichkeit.

Die ÖBB sparen, daß es kracht. dafür häufen sich die Zugsunfälle, und alte Muatterln müssen teure Bahnkarten zahlen, weil sie diese nicht über das Internet bestellen. Das Warten auf eine angekündigte Postsendung ist derzeit der längste und billigste Abenteuerurlaub. Wollte man alle Angebote der Kommunikationsbranche, wie man am billigsten telefonieren kann, genau studieren, müßte der Tag 25 Stunden haben. Aber man kommt fast ohnehin nicht zum Telefonieren, weil man fast dauernd von irgendwelchen windigen Firmen daheim angerufen und zu dubiosen Geschäften verleitet wird.

Bei einem waren Regierung und Wirtschaft besonders erfolgreich: bei der Biedermeierisierung der Gesellschaft. Statt Kultur, die ja irgendwann dem System gefährlich werden könnte, beschränkt man sich auf den "Event" der ist am nächsten Tag vorbei und wird vom folgenden Event abgelöst: eine endlose Kette von Belanglosigkeiten mit den Faschingsprinzessinnen Mausi Lugner und Jeannine Schiller an der Spitze. Mit dem einher geht eine Verprovinzialisierung des Österreichbildes in den TV-Sendungen. Alle neuen Serien etwa sind von Werbesendungen der Fremdenverkehrswirtschaft kaum zu unterscheiden, und was der ORF an den deutschsprachigen Kultursender 3sat zuliefert, ist schlicht und einfach eine vermuffte Schande, für die man sich als Österreicher vor den Zusehern in Deutschland und der Schweiz genieren muß.

Wer strenge
Einwanderungsbestimmungen will,
wählt blau.

Nachrichten aus einem Krankenhaus

Ein Zeichen für die nur mühsam mit der bösen alten Krämerin vergleicht,

übertünchte Ratlosigkeit, in der sich unser Land befindet, ist die derzeit herrschende Mode des politischen Quereinsteigers. Die wichtigste Rolle, die man nach allgemeinem Politikverständnis den Parteien zuschreibt, ist die einer "Qualifizierungsmaschine" für öffentliche Ämter. Potentielle Kandidaten sollen da die Zeit und die Chance haben, ihre Talente für Vertretungsfunktionen zu entwickeln und zu steigern - ein mühsames Geschäft der Entscheidungsfindung, für das man Ideen, gute Nerven, gewinnendes Auftreten und Kompromißfähigkeit braucht. Wenn nun ein Wettlauf um das bekannteste TV-Schön-Gesicht einsetzt, sägen die Parteien den

Bis auf die Grünen, die aufgrund des geringen Alters ihrer Partei von ihren Wurzeln her noch ein gewisses Quereinsteiger-Image besitzen, haben sich alle Parteien für neue Auslagengesichter entschieden – wobei es völlig wurscht ist, ob es sich nun um protestantische Bischöfinnen, Ex-Eisläuferinnen (deren einziges aktuelles Plus ist, daß mir der Name des legendären Sportreporters Dr. Kurt Jeschko wieder eingefallen ist, mehr dazu ist in Böhmdorfer-Zeiten nicht zu sagen) oder um karrieregeile Behindertenvertreter handelt.

Ast ab, auf dem sie sitzen.

Und die Opposition? Sie erscheint als das kleinere Übel, aber auch sie steht ohne wirklich überzeugende Konzepte da. Alfred Gusenbauer hat bewiesen, daß er die eingehende Beschäftigung mit Bert Brechts "Mutter Courage und ihre Kinder" noch vor sich hat, damit er nicht wieder eine eigene Kandidatin

mit der bösen alten Krämerin vergleicht, und Alexander van der Bellen hat bewiesen, daß er noch immer nett wirkt.

Zu sehr war die Opposition auf jede Eselei und/oder Schäbigkeit der Regierung fixiert, als daß sie Visionen für die Zukunft entwickelt hätte. Wenn eine Opposition keine neuen Antworten liefert, sollte sie zumindest neue Fragen stellen: Was ist die Rolle Österreichs in einem wachsenden Europa? Sind die Strukturen der geltenden Verfassung noch in Zukunft tragfähig? Wer außer den Parteizentralen braucht noch einen Bundesrat? Könnte man, wenn man schon eine zweite Kammer behalten möchte, dieses Gremium mit anderen Rechten versehen und in eine Art Senat umwandeln, für den Parteien Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (dies wäre der ideale Platz für "Quereinsteiger") zur Wahl nominieren? Wie geht man um mit dem Problem, daß die Menschen immer länger arbeiten sollen, von der Wirtschaft aber bereits mit 40 Jahren als "zu alt" erklärt werden? Wie organisiert man die Finanzierung der Universitäten? Wie derzeit mit den Steuern der Supermarkt-Kassierin und den Studiengebühren ihrer Kinder oder traut man sich an die Diskussion einer Akademikersteuer - wer nach einem Studium gut verdient, könnte so die nächste Generation mitfinanzieren?

Und stimmt der Zuschnitt des Infrastrukturministeriums wirklich, wenn man es locker von einem Spitalsbett in Friesach aus leiten kann und gleichzeitig zu krank ist, um FPÖ-Obmann zu bleiben? Und: Wer, wenn nicht er / riecht nach Karawankenbär?



WIDERSTAND, SELBSTORGANISATION UND REPRÄSENTATION von Ljubomir Bratić

Wenn die Funktionsweise einer Maschine in Frage gestellt wird, dann ist die Situation nicht weit, daß verlangt wird, auch die Maschine selbst zu überprüfen und möglicherweise zu ersetzen. Insofern könnte es sein, daß die Forderungen nach Repräsentation für MigrantInnen innerhalb der Strukturen des Nationalstaates die Repräsentation als politische Machtkategorie, also die Idee selbst, in Frage stellen.

Ausgehend von der Tatsache, daß, um überhaupt für politische Rechte der MigrantInnen innerhalb des Nationalstaates kämpfen zu können, eine Analogie zwischen den MigrantInnen und den StaatsbürgerInnen hergestellt werden muß, geht es im folgenden Text vor allem darum, Selbstorganisation als politischen Kampf und in ihren Implikationen zu schildern.

"Analogie" heißt hier, daß den Ausgangspunkt aller migrantischen Kämpfe die schon vorhandenen, auf die ideellen Werte ausgerichteten gesellschaftlichen Errungenschaften bilden. Es geht darum, in einem komplizierten strategischen Spiel die Migrantlnnen den StaatsbürgerInnen gleich zu positionieren, ihnen die gleichen gesellschaftlichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, und zwar so, als hätten sie die gleichen Interessen und Bedürfnisse. Insofern ist zur Zeit die Voraussetzung des Idealzustands für Migrantlnnen nur in bezug auf ein staatsbürgerliches Subjekt möglich. Das sagt natürlich noch

nichts über die von den MigrantInnen mitgebrachte Subjektivität aus, die sich bis jetzt als erfolgreiches strategisches Potential gegen alle Barrieren und Grenzen, gegen alle Einschüchterungsversuche, gegen alle Disziplinierungs- und Normalisierungsversuche usw. erwies. Es folgt daraus nur, daß die Möglichkeit, das Recht zu verlangen, in unseren Gesellschaften nur dann gegeben ist, wenn auch die Fähigkeit besteht, das staatsbürgerliche Subjekt nachzuahmen.

Widerstand zwischen Distanz und Inklusionswunsch

Eine, wenn nicht die zentrale Form der migrantischen Kämpfe um die Egalität ist die Selbstorganisation. Unter Selbstorganisation ist – ausgehend von der Tatsache, daß die MigrantInnen handelnde und kreative Individuen sind – eine selbstgewählte Organisationsbewegung von Menschen innerhalb eines sozialen Raumes zu verstehen. Es handelt sich hier um jene Gruppen, die das soziale Gefüge und das politische Agie-

ren der Migrantlnnen in Österreich wesentlich prägen.

Die Migrantlnnen sind ein Teil der nationalstaatlichen Gesellschaft, auch wenn diese beabsichtigt, mit ihnen nur ökonomisch in Beziehung zu treten. Mit jeder Veränderung des Machtsystems produzieren und reproduzieren sie auch die entsprechenden Widerstandsformen: So reagierten viele MigrantInnen auf die Einführung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in den 1970er Jahren mit verstärkter Familienzusammenführung. Weitere Widerstandsformen, die auf die Machtverhältnisse reagieren, stellen Schutzfunktionen wie Ghettobildung oder Mimikry, verschiedene Formen der Selbstorganisation, informelle Informationssysteme oder die Besetzung von sozialen Räumen dar. Die Migrantlnnen bilden einen Teil des Dualismus moderner politischer Systeme, sie stehen den vergleichsweise privilegierten Einheimischen permanent gegenüber. Der Widerstand der MigrantInnen entwickelt sich zwischen Distanz zur Gesellschaft des Aufnahmelandes und einem Wunsch nach Inklusion.

Weil Migrantlnnen einerseits Teil der Gesellschaft ihres Aufnahmelandes, andererseits aber von dieser ausgeschlossen sind, führt dies zu ihrer Stärkung als Gruppe und zur Herausbildung von eigenen Migrantlnnen-Organisationen. Diese Organisationen verändern sich im Spannungsfeld zwischen einer Orientierung an den Herkunftsländern und den Machtverhältnissen in den Einwanderungsländern.

Die Motive, welche die Migrantlnnen bewegen, den Ausweg aus dem rassistischen System in den Selbstorganisationen zu erblicken, sind vielfältig. Traditionsgemäß übt die Stellung innerhalb der Aufnahmegesellschaft einen bedeutenden Einfluß auf die Selbstorganisation aus. Dies gilt für die erste Generation. die ihre Ursprungssozialisation sehr schwer an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen kann und deshalb sowohl Schutzsysteme in Richtung Aufnahmeland aufbaut, als auch versucht. auf ihr Herkunftsland einzuwirken. Dies betrifft aber auch die folgenden Generationen, die das rassistische politische System der westlichen Aufnahmeländer als ihr politisches Feld begreifen.

Nicht vorhandene Repräsentation

Aber die Selbstorganisation ist auch durch zahlreiche andere Faktoren motiviert: Der Politisierungsgrad, die Schichtzugehörigkeit, das Bildungsniveau, die familiären und materiellen Verhältnisse, die Arbeitssituation usw. geben alle

Anlaß für Selbstorganisation und sind bei Mitgliedern verschiedener Organisationen unterschiedlich ausgeprägt. Und was hat das alles mit der soge-

nannten Problematik der Repräsentation zu tun? Vor allem, daß sich durch die spezifische Situation der MigrantInnen die Frage in diesem soziopolitischen Bereich anders stellt. Es geht bei den Migrantlnnen nicht um den Inhalt von schon verwirklichten Repräsentationsmöglichkeiten der politischen Subjekte. sondern um die nicht vorhandene Faktizität dieser Repräsentation. Genau das führt uns zum zentralen Problem bezüglich der Migrantlnnen im politischen Spiel, und das lautet: Mangel an klassischen Machtpotentialen. Wegen dem Ausschluß von der nationalstaatlichen politischen Funktionalität können die MigrantInnen ihre Position nicht auf die Macht der WählerInnenstimmen aufbauen. Die WählerInnenstimmen legitimieren in der Moderne jedwede politische Repräsentation. Wer nicht gewählt wird, hat auch nichts zu entscheiden. Wer legitimierte Macht ausübt, der repräsentiert und ist gewählt. So lautet zumindest die Idealvorstellung in der Politik. Diese Legitimationsstrategie ist sehr wichtig und wird unter anderem als Argument zur Delegitimierung der außerparlamentarischen Opposition einge-

Solange der Nationalstaat das non plus ultra des politischen Selbstverständnisses war, gab es keinen Ausweg aus dieser Situation. Mit der langsamen Erosion dieses Gebildes, das viele seiner Funktionen an die supranationalen Ebenen abgeben mußte (und sich in Zukunft vor allem als Überwachungsmaschine für die eigene Bevölkerung eignen wird), zeichnet sich auch so etwas wie ein unerwartetes Machtpotential der Migrantlnnen ab: die Öffentlichkeit. Unter Öffentlichkeit verstehe ich hier, Dewey (1996: 203) folgend, eine Organisationsform, die sich praktisch organisiert, "um praktisch etwas bewirken zu können". Sie wirkt sowohl nach innen im Hinblick auf Erfassung, Ermächtigung und Vernetzung diverser Bevölkerungsgruppen, als auch nach außen, was die möglichen Differenzen betrifft. Diese Öffentlichkeit ist heute -

im Unterschied zu den Zeiten, als Dewey seine Philosophie niederschrieb – nicht mehr mit dem Staat gleichzusetzen.

Öffentlichkeit als Machtpotential

Mit Öffentlichkeit meine ich auch nicht nur die von den Medien hergestellten Meinungen, sondern auch die Konflikte und Allianzen diverser Teilöffentlichkeiten untereinander. Diese sind nicht mehr zur Gänze vom Nationalstaat unter Kontrolle zu bringen. Es zeichnen sich hier Risse ab, die auch von den Migrantlnnen und ihren Selbstorganisationen im politischen Kampf benutzt werden können.

Innerhalb des Kampfes um diese Machtpotentiale, welche die neue Öffentlichkeit bietet, ist das Verlangen nach Repräsentation eine der zentralen Forderungen der Migrantlnnen in Österreich. Allerdings muß uns auch bewußt sein, daß diese Forderung eine sehr wichtige politische Kategorie der Moderne umwandelt, nämlich den Nationalstaat selbst. Werden gleiche Rechte als Forderung für alle erfüllt, dann werden damit auch die klassischen Formen der vom Nationalstaat produzierten Ausschlüsse in Frage gestellt. Und wenn die Funktionsweise einer Maschine in Frage gestellt wird, dann ist die Situation nicht weit, daß verlangt wird, auch die Maschine selbst zu überprüfen und möglicherweise zu ersetzen. Insofern könnte es sein, daß die Forderungen nach Repräsentation für Migrantlnnen innerhalb der Strukturen des Nationalstaates die Repräsentation als politische Machtkategorie, also die Idee selbst, in Frage stellen. Das ist etwas, was alle anderen minoritären politischen Subiekte in ihren bisherigen Kämpfen nicht geschafft haben, weil es ihnen nicht am Recht der StaatsbürgerInnen gemangelt hat, sondern an strukturellen Positionen innerhalb dieses Rechtes. Insofern ist die anfangs erwähnte Analogie zwischen Migrantlnnen und StaatsbürgerInnen eine temporäre; eine, die ihr Ende mit der Überwindung des Nationalstaates finden wird. Die Geschichte, die ändert sich, und die Migrantlnnen werden in Zukunft in zunehmendem Ausmaß ihren Teil dazu schreiben.

Ljubomir Bratić ist Leiter des "Büros für ungewöhnlichen Maßnahmen (BUM)" im Rahmen des EQUAL-Projekts "open up" und Herausgeber des im Oktober 2002 erschienenen Buches "Landschaften der Tat. Vermessung, Transformation und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa", SozAktiv: St. Pölten.

Literatur:

Dewey, John (1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Bodenheim

Bratić, Ljubomir (2001): Selbstorganisation im migrantischen Widerstand – Ein Diskussionsanstoß. In: SWS-Rundschau, Heft 4/2001. Wien: 516-536

DIE INSTITUTIONALISIERUNG EINER

"DIENSTBOTINNENGESELLSCHAFT"
DIE PFLEGEGELDREGELUNG 1993 ODER VON DER NOTWENDIGKEIT, ÜBER DEN EIGENEN TELLERRAND DER REPRÄSENTATIONSGRUPPE ZU SCHAUEN von Aslı E. Odman

Erwin Riess, Schriftsteller, Aktivist der Behindertenbewegung und STIMME-Autor, hat uns einen Leserbrief geschickt (siehe Kästchen), der sich auf den Artikel ",Die unsichtbare Hand' und die unsichtbare Frau. Informalisierung und die Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt" von Aslı E. Odman (STIMME 43 / II 2002) bezieht. Da seine Kritik eine Kernfrage der medialen Linie der STIMME berührt, haben wir die Autorin des Artikels gebeten, zum Leserbrief Stellung zu nehmen. Daraus ist ein Aufsatz geworden, der auch gut in den Rahmen des vorliegenden Heft-Schwerpunkts paßt. Wir veröffentlichen den Leserbrief von Riess und den Text von Odman nebeneinander und hoffen auf die Fortsetzung dieser fruchtbaren Diskussion (Anm. d. Red.).

Leserbrief von Erwin Riess:

Der ansonsten interessante Artikel von Aslı E. Odman hat einen Fehler. Odman bezeichnet hierin die FALTER-Redakteurin Weissenberger zitierend - das Pflegegeld als "rechts-populistisches Rezept, das BezieherInnen dieser staatlichen Zahlung motiviert, jemand für Arbeiten im Haushalt zu engagieren". Das ist ein blühender Unsinn, und es ist schwer behindertenfeindlich. Erstens motiviert das Pflegegeld nicht, Hilfe zu engagieren, sondern das Pflegegeld wurde geschaffen, die Selbständigkeit behinderter Menschen zu erhöhen, und das funktioniert in einer kapitalistischen Gesellschaft nun einmal am besten durch Geld. Wir kaufen uns Dienste, die unser Leben erleichtern. Was daran rechts-populistisch sein soll, verstehe ich nicht. Wir beuten niemanden aus, sondern verhalten uns wie alle, die eine Dienstleistung kaufen. Folgt man dieser Logik, wäre auch ein Besuch beim Friseur ein rechts-populistischer Akt. Frau Weissenberger und der Autorin wünsche ich Glück bei ihrer weiteren Arbeit im feministischen Bereich, aber ich ersuche, dieses löbliche Anliegen nicht dadurch abzugualifizieren, indem man auf Minderheiten losgeht, die sich ihr bißchen Freiheit - ohne Unterstützung der Frauenbewegung - mühsam erkämpft haben. Gerne stehe ich beiden Autorinnen für Informationen über Geschichte und Zweck des Pflegegelds zur Verfügung.

> **Erwin Riess** e.riess@utanet.at

Ich habe die Kritik von Erwin Riess, die sich auf eine bestimmte Stelle in meinem Beitrag bezieht, mit Interesse gelesen und als Anreiz für eine umfassendere Auseinandersetzung mit den - im Beitrag nur angedeuteten - Zusammenhängen zwischen der "neuen Staatsform" in Österreich und den Veränderungen in der Sozial- und Arbeitspolitik aufgenommen. Ich bin der Überzeugung, daß die Erläuterung des umfassenden Kontextes in diesem Fall unerläßlich ist.

Der kritisierte Teil handelt von der neuen Pflegegeldregelung (PGR)1, die 1993 unter den Bedingungen einer stabilen SPÖ-ÖVP-Koalition erlassen

wurde. Im Beitrag stützte ich mich auf einen nicht allzu aktuellen, aber für das behandelte Thema noch immer relevanten Artikel von Gundi Dick (nicht - wie im Leserbrief stand - von Eva Weissenberger) über die informell ausgeprägte und ethnisch divergierende, bezahlte Haushaltsarbeit von Frauen. Darin berührte Dick auch das Thema der neuen PGR von der Seite der pflegenden Personen und betonte, daß diese im Zuge "einer faktischen Marktselektion" (niedriger Stundenlohn, unregelmäßige Arbeitszeiten usw.) aus Immigrantinnen rekrutiert werden. Ich folgte der Analyse von Dick, welche eigentlich auf der Hand lag, und versuchte, auf einen weiteren Aspekt hinzuweisen, der mit diesen "faktischen" Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zusammenhing: die Auswirkungen der "faktischen" Veränderungen auf die - diese begleitende - Staatsideologie, wo ich den allzu vagen Begriff "rechts-populistische Rezepte" verwendet habe. Darauf, daß dieser Zusammenhang nicht auf der Hand lag und nicht ausreichend thematisiert wurde, hat mich die Kritik von Erwin Riess hingewiesen. Deswegen will ich im folgenden die Frage stellen: Was hat das Pflegegeld mit Rechtspopulismus als Ideologie zu tun?

Konturen der aktuellen Transformation in der Staatsideologie

Wie ich am Anfang meines letzten Beitrags betont hatte, "sticht der Begriff Globalisierung mit seiner Aussagelosigkeit ins Auge, solange er nicht auf eine seiner Tendenzen gedeutet wird". Im Rahmen jenes kurzen Textes hatte ich dann versucht, diesen Begriff auf die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu deuten, die ich als "Informalisierung" beschrieben habe. An dieser Stelle möchte ich eine zweite Tendenz ansprechen, die in der neuen weltweiten Konjunktur - der selbstverständlich auch Österreich unterliegt - zur Geltung kommt. Und sie bezieht sich auf die ideologische Ebene.

Der von Michel Foucault geprägte Begriff gouvernementalité, der seman-

tisch das Regieren (gouverner - vgl. auch gouvernement: Regierung) mit der gängigen Denkweise (mentalité) verknüpft, gibt ein gutes Instrumentarium in die Hand, um jene Veränderungen zu erfassen². Mittlerweile zum Allgemeinplatz geworden ist die Erkenntnis, daß die neoliberale gouvernementalité in Österreich unter rechts-populistischem Vorzeichen zum Durchbruch kam und (vorläufig) in einer Rechts-rechts-Koalition starke Beine erhalten hat. Dem müßte aber nicht unbedingt so sein. Die Transformation des Staates könnte, wie in Deutschland oder in Frankreich, in einer sozialdemokratisch und linksliberal geprägten politischen Arena ausgehandelt werden. Ich werde hier nicht der Frage nachgehen, warum Länder wie Österreich oder auch Italien zu rechts-populistischen "neoliberalen Trägern" neigen und welche östergouvernementalité umreißen:

("Wie wäre es mit privaten Pensionsfonds?").

Dabei wird ein Kult der Privatinitiative heraufbeschworen. Der Staat hat sich nach dem Vorbild eines effizienten Unternehmers umzugestalten (neue, vom politischen Alltag nicht mehr wegzudenkende Schlagworte wie Sparpaket, Budgetsanierung, Standortkonkurrenz).

Die Frage der Demokratie wird immer weniger mit der Frage der realen Einkommensverteilung und der Verantwortung des Staates für "gerechte" Einkommensverteilung in Verbindung gebracht, dafür mit der "Freiheit des individuellen Konsumenten".

· Im legitimen Erwartungsrahmen der "durchschnittlichen" StaatsbürgerInnen durchläuft das Bild des "Staates" eine allmähliche Veränderung vom Produzenten sozialer Dienste zum Bereitsteller finanzieller Mittel. Die Absicherung sozialer Dienste und Risiken kann dann ruhig über den Markt oder aber durch den Rückgriff auf informelle Ressourcen er-

· Dort, wo sich die geschichtlich gewachsene öffentliche Verantwortung zurückzieht, wächst die individuelle Verantwortung für das eigene Leben, das Foucault so treffend "Technologien des Selbst" genannt und deren Konsequenzen für die individuelle Psyche und das gesellschaftliche Zusammenleben angedeutet hatte. Die individuelle Verantwortung für das eigene Leben unter struktureller Verknappung der formellen, gesicherten Arbeitsplätze für die Mittel- und unteren Klassen, der Privatisierung der Bildung und der dadurch gesteigerten geselles auch eine Markenjacke.

gesehen und als die neue Form der Demokratie angepriesen.

Das Pflegegeld und die neoliberale gouvernementalité

Riess fragt in seinem Leserbrief: "(...) Wir kaufen uns Dienste, die unser Leben erleichtern. Was daran rechts-populistisch sein soll, verstehe ich nicht. Wir beuten niemanden aus, sondern verhalten uns wie alle, die eine Dienstleistung kaufen." Wenn man das rechts-populistische Rezept in Österreich als Teil des neuen Legitimationsmusters versteht, mit dem der gegenwärtige Schub der Einkommenspolarisierung, die strukturelle Informalisierung auf dem Arbeitsmarkt und der Rückzug des Staates aus herkömmlichen sozialen Verantwortungsbereichen leichter zu verdauen sein sollen, müßte dieser politik- und realitätsbestimmende Konnex leichter verständlich sein. Was das Beispiel der PGR angeht, sind sowohl die Vorgeschichte ihrer Einführung als auch die ersten Konsequenzen nach der knapp zehnjährigen Umsetzung erfaßbar, so daß über diesen Konnex nicht lediglich abstrakt-theoretisch argumentiert werden muß. Ich möchte gleich vorausschicken: Weder ist es hier mein Ziel, noch sehe ich mich in der Lage, mich detailliert mit der PGR auseinanderzusetzen, wie es ein "professionelles" Repräsentationsorgan von Behinderten oder ein Regierungsexperte in dieser Angelegenheit tun konnte und sollte. Nichtsdestoweniger erachte

ich eine kurze Ausführung mit den mir eigenen Betonungen für sinnvoll.

Die 1993 in Kraft getretene PGR wird unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit allen Menschen mit einem Pflegebedarf von mindestens 50 Stunden pro Monat gewährt. Das "Neue" am in sieben Stufen gegliederten Pflegegeld ist, daß über diesen Betrag frei verfügt werden kann und auf seine Gewährung ein Rechtsanspruch besteht³. Genau diese Orientierung an einer frei verfügbaren Geldleistung war die Hauptforderung der Behindertenorganisationen: Ein selbstbestimmtes und bedürfnisorientiertes Leben, Wahlfreiheit und die Möglichkeit, in der vertrauten Umgebung bleiben zu können, wurden hervorgehoben und bildeten die Grundlage der schon 1986 eingeleiteten Unterschriftenaktion für ein Pflegegeld. Erfüllt wurde der ohnehin längst fällige Reformbedarf nach der Finanzierung und Organisation von Pflege und von Betreuung behinderter und älterer Menschen von der Seite der rot-schwarzen Koalition mit einer etwas unterschiedlichen ideologischen Fundierung: Privatwirtschaftliche Lösungsansätze und Marktlogiken sollen gefördert, private Träger und Initiativen auch im Bereich der Bereitstellung von Pflegediensten forciert werden. Die Fixierung auf den Sozialstaat als den einzigen Erbringer sozialer Leistungen soll aufgelockert werden⁴. Also bietet die PGR zehn Jahre nach ihrer Einführung ein Beispiel dafür, mit welchen vorgesehenen/erwünschten und



nicht vorgesehenen gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen die Umstrukturierung der Logik der staatlichen Sozialleistung "Pflege" verbunden ist.

Sicher ist das Pflegegeld als ein sozialer Fortschritt und eine finanzielle Verbesserung der pflegebedürftigen Menschen zu bewerten, alleine wenn man sich den Mehraufwand des Bundes im Jahr seiner Einführung (+ 64 Prozent gegenüber den vorherigen pflegebezogenen Leistungen) vor Augen hält⁵. Derzeit nehmen ca. vier Prozent der österreichischen Bevölkerung das Pflegegeld in Anspruch. Zum heutigen Zeitpunkt müßte der Anspruch der Behindertenorganisationen auf ein individuelles, bedürfnisorientiertes Leben teilweise realisiert sein. Wie es mit dieser Wahlfreiheit langfristig aussehen könnte, kann man jedoch nicht von der Frage der gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen abgekoppelt betrachten:

- · Wie wurde der Mehraufwand finanziert?: Hauptsächlich durch Erhöhung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge, budgetentlastende Neugestaltung der Krankenversicherungsbeiträge der PensionistInnen. Im Zuge der Einführung des Pflegegeldes wurden einige bisher kostenlose soziale Dienste kostenpflichtig gestaltet. Hammer/Österle (2001: 65) bringen dies wie folgt auf den Punkt: "Die Erhöhung der Kaufkraft auf seiten der pflegebedürftigen Menschen wird damit tendenziell von den sozialen Diensten zur Aufrechterhaltung bzw. zum Ausbau ihres Angebotes abgeschöpft und hilft damit Subventionierungen von staatlicher Seite zu substituieren. Da das Pflegegeld bei diesen intergouvermentalen Transfers durch die Hände der Betroffenen geht, hilft dies die Tatsache zu verschleiern, daß die einmalige Ausweitung staatlicher Verantwortung in einem Bereich begleitet war von mittelfristigen Kostendämpfungsstrategien in einem anderen."
- Rechtliche Absicherung der zukünftigen sozialen Dienste ...: Diese Kürzungen im sozialstaatlichen Bereich werden auch von einer strukturellen Veränderung in der Rolle und öffentlichen Wahrnehmung des Staates begleitet, der oben nur abstrakt nachgegangen worden ist. An diesem konkreten Beispiel sehen wir jetzt, daß der Staat vom legitimen/öffentlichen Produzenten sozialer Dienste zum Bereitsteller von finanziellen Mitteln wird, der in seinem eigenen Haushalt nach Effizienz- und betriebswirtschaftlichen Kriterien handeln muß. Dieser Wandel wird höchstwahrscheinlich langfristig bestimmender sein als die kurzfristige finanzielle Verbesserung in der Lage der pflegebedürftigten Menschen und in den künftigen sozialen Entwicklungen den Ton angeben. Davon zeugt auch die Tatsache, daß die PV, die Bund und Länder zu öffentlichen Verpflichtungen zwingt, rechtlich nur schwach abgesi-

chert ist, wobei das Pflegegeld persönlich einklagbar ist. Somit entstehen aus der PV für Pflegebedürftige keine unmittelbaren Rechte, etwa auf ein gewisses Ausmaß an sozialen Diensten. Auf das staatsbürgerliche Recht auf Ausbau von und Zugang zu Gesundheitsdiensten wird aber wohl ab einem Punkt höchstwahrscheinlich viel schwieriger als vorher gepocht werden, wenn die neue gouvernementalité mit und trotz allen ihren Widersprüchen durchgesetzt wird. Denn ieder staatsbürgerliche Rechtsanspruch erfordert neben Gesetzen und Institutionen auch ein Verständnis vom Staat und von seinen Verpflichtungen, die ihm eine Legitimität verleihen. Genau dieses wandelt sich derzeit in eine Richtung, in der herkömmliche staatliche, d. h. öffentliche Bereiche nicht mehr "selbstverständlich" offen für alle sein würden. Es liegt auf der Hand, daß dann solche Dienste weder individuell noch privatwirtschaftlich mit derselben Reichweite und nach denselben sozialen Richtlinien zur Verfügung gestellt werden könnten.

... und der pflegenden Personen: Erst fünf Jahre nach der Reform schaffte der Bund die Voraussetzungen für eine freiwillige und "begünstigte" Selbst- und Weiterversicherung für pflegende Personen. Zur Zeit nehmen diese relativ teure Versicherung nur etwa 300 Personen in Anspruch. Wenn man die Zahl der PflegegeldbezieherInnen in Erinnerung ruft (300.000!), stellt sich klipp und klar heraus, daß von einer sozialen Sicherung der pflegenden Personen nicht gesprochen werden kann. An dieser Stelle müßte eines der wichtigsten Merkmale des Pflegegeldes noch einmal unterstrichen werden, nämlich sein Zuschußcharakter. Es beträgt etwa ein Viertel des Marktstundenpreises. Die Feststellung fehlender sozialer Sicherung, kombiniert mit der Frage "Wer arbeitet überhaupt um ein Viertel des Marktwertes?", bringt uns zum Hauptthema meines vorangegangenen STIMME-Beitrags: Informalisierung.

Faktische Zweiteilung: Vorausgeschickt, daß das Pflegegeld nicht die vollen Pflegekosten deckt, etwa ein Viertel des Marktwertes beträgt und die PflegegeldbezieherInnen hauptsächlich niedrigen Einkommensgruppen zuzurechnen sind⁶, ergeben sich im Zuge der PGR folgende, nicht vorhergesehene Tendenzen der Informalisierung:

Hausarbeit: Wer pflegt freiwillig und "naturwüchsig" zu Hause?

Es ist nicht egal, wie das soziale Phänomen "Pflegebedürftigkeit" institutionalisiert wurde. Indem die Bepreisung unter dem Marktwert liegt und es keine verbreitete, realistische Selbstversicherung aus der Pflegearbeit vorgesehen ist, wurde die privat-familiäre, d. h. weibliche Pflegearbeit (durch die Ehefrau, Tochter, Schwiegertochter) indirekt anerkannt und

valorisiert. Es wird ein neuer, öffentlich anerkannter Arbeitsbereich im informellen Bereich (unbezahlte/unterbezahlte Hausarbeit) geschaffen, und der Informalisierungstrend als Teil des neuen Gesellschaftsprojektes auf dem Arbeitsmarkt ist von der staatlichen Seite verstärkt worden. Bevorstehende Herausforderungen an den Staat wurden dabei an den informellen Sektor abgetreten, statt sie im öffentlich finanzierten, ausdiskutierten und kontrollierten Bereich handzuhaben. Die symbolisch abgegoltene Frauenarbeit soll somit den unzureichenden bzw. zukünftigen Ausbau der Dienstleistungsinfrastruktur ersetzen. Der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wurde damit eine längere Lebensdauer

Auf dem (Schwarz-)Markt erworbene Pflegedienste: Wer arbeitet um ein Viertel des Marktpreises?

Es gibt in Österreich, dem Einwanderungsland, doch Segmente auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich um ein Viertel des Marktstundenlohns Pflegedienste anbieten. Je nach Beschaffenheit der Pflegearbeit sind es entweder ausländische Studierende, die bis heute noch nicht legal arbeiten dürfen und über eine günstige studentische Selbstversicherung verfügen. Für sie ist die Pflegearbeit eine der wenigen relativ sicheren indoor-Verdienstmöglichkeiten, die sie wahrnehmen können, ohne ihre Aufenthaltsbewilligung wegen Schwarzarbeiten zu riskieren. Auf der anderen Seite sind es Frauen aus osteuropäischen Ländern, die ohne jede soziale Absicherung diverse Arbeiten im Bereich der Pflege, Betreuung und Haushaltsführung übernehmen. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes am Beispiel der jüngsten rechtlichen Erleichterung für "Au-pairs"7, welche im Kapitel "Politik für [österreichische] Frauen" (!) des Regierungsprogrammes 2000 nachzulesen war, ist ein wesentlicher Bestandteil dieser neuen Art von Sozialpolitik, welche die Einführung von individuellen Geldleistungen mit dazu "faktisch" entsprechender, marktwirtschaftlicher Versorgung als Sozialpolitik vorsieht und institutionalisiert.

grantln ist, und trägt somit zu Einzementierung ethnisch-sozialer Unterschiede und Institutionalisierung einer "DienstbotInnengesellschaft" bei. Wer nicht zum Pflegegeld daraufzahlen kann, behält es als Teil des Haushaltseinkommens, woraus die moralisch konnotierte Pflegearbeit durch die Ehefrau/Tochter/Schwiegertochter symbolisch abgegolten wird, und trägt somit zur Vertiefung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bei. Die Art und Weise, wie in Österreich die bevorstehende Herausforderung von Pflege und Betreuung von behinderten und alten Menschen vorläufig beantwortet wurde, enthält Elemente, die langfristig das Gesellschaftsmodell für die Vertiefung von sozialen, ethnischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten offener gestalten. Die auf den ersten Blick verständliche Aussage von Erwin Riess "Wir beuten niemanden aus, sondern verhalten uns wie alle, die eine Dienstleistung kaufen" beinhaltet eine auf diese Aspekte hin nicht überprüfte und unkritische Aussage. Der Horizont der "Wir-Konstruktion" in der Aussage ist nicht imstande, längerfristigen strukturellen Veränderungen im Staat und in seinem als legitim erachteten öffentlichen Verantwortungsbereich nachzuspüren, denen pflegebedürftige und pflegende Menschen gemeinsam ausgesetzt sind und sein werden. Somit sind jeglicher

Auch die sozialen Ungleichheiten unter

den PfleaegeldbezieherInnen werden im

Zuge der PGR nicht angetastet, sondern

verfestigt. Wer zum Pflegegeld etwas da-

zugeben kann, leistet sich eine/n Helfer/in,

die/der in den meisten Fällen eine Immi-

Ausblick: "Wir" oder die Notwendigkeit der konkreten gesellschaftli-

politischer Handlung dieser "Wir-Kon-

struktion" gleich am Anfang strategische

Mängel auferlegt.



"Frau Weissenberger und der Autorin wünsche ich Glück bei ihrer weiteren Arbeit im feministischen Bereich, aber ich ersuche, dieses löbliche Anliegen nicht dadurch abzugualifizieren, indem man auf Minderheiten losgeht, die sich ihr bißchen Freiheit - ohne Unterstützung der Frauenbewegung - mühsam erkämpft haben": Besser und leidenschaftlicher könnte man das Problem der Abgrenzung durch die selbst abgegrenzten minoritären Repräsentationsgruppen nicht zusammenfassen! Aus diesem Duktus wird die Abgrenzung der eigenen Repräsentationsgruppe (Behinderte) gegen die fremde Repräsentationsgruppe (Frauen) ersichtlich. Das gesellschaftliche Konkurrenzverhältnis, das Minderheiten zu Minderheiten gemacht hat, könnte nicht stärker verdoppelt und affirmiert werden. Das "Wir", das als gegeben hingenommen wird, wird damit nicht durch das Sichtbarmachen von Zusammenhängen im Ganzen, sondern durch Abgrenzung und Affirmation des Konkurrenzverhältnisses konstruiert und verschleiert gleichsam deren Konstruktionsprozeß. Ist dieses Konkurrenzdenken in der Natur der minoritären Repräsentationsgruppen angelegt, seien sie ethnischer, sozialer oder geschlechtsspezifischer Natur?

Ja, das Konkurrenzdenken hat eine materielle Basis im Verteilungskampf der öffentlichen Ressourcen unter den minoritären Repräsentationsorganen. Aber völlig vor-bestimmt und politik-los sind sie auch nicht. Eine diesem materiellen Zwang entgegenwirkende fortschrittliche Handlung wäre in diesem konkreten Fall, daß sich die Behindertenorganisationen für die Formalisierung des derzeit "schwarzen Pflegemarkts" und einer echten sozialversicherungsrechtlichen Absicherung der pflegenden Personen einsetzen. Wie stark diese Organisationen sind und wie groß ihre gesellschaftliche Legitimität ist, haben sie sich selbst und uns in der langwierigen Pflegegeldkampagne bewiesen. Und dieser Einsatz dürfte nicht durch irgendeinen Altruismus oder abstraktes Solidaritätsverständnis begründet werden, sondern durch die Notwendigkeit einer konkreten gesellschaftlichen Solidarität mit anderen unterprivilegierten Gruppen, auch wenn sie über keine formellen Repräsentationsorgane verfügen. Real gibt es sie, aber gesellschaftlich gibt es sie erst, wenn sie wahrgenommen werden. Und wahrgenommen werden sie nur, wenn existierende Repräsentationsorgane ihren Blick auf die gesellschaftlichen Schnittstellen ihrer eigenen "Gruppe" mit anderen richten würden, auf ihre unerwünschten Zwillingsbrüder und -schwestern. Konkret am Beispiel des Pflegegeldes würde dies die Wahrnehmung der Informalisierungstendenz, die Hellhörigkeit für die "pflegende Seite" bedeuten. Über den eigenen Repräsentationsrand zu schauen ist nicht nur schön, sondern unerläßlich, um der gesellschaftlichen Lage der eigenen Repräsentationsgruppe bewußt zu werden und strategisch der Realität angepaßte, längerfristige theoretische wie praktische Schritte setzen zu können. Denn Gruppen gibt es immer nur relationell. Es gibt sie nirgendwo per se, vorkonstruiert und mit verschränkten Armen auf ihre zukünftige Repräsentation wartend, auch wenn die gemeinsame Identität auf etwas scheinbar sehr sichtbares wie die körperliche Behinderung, das biologische Geschlecht oder den Paß zurückgeführt werden kann. Die gesellschaftliche Solidarität erhält in diesem Sinne eine materielle Basis, die in den Bedürfnissen der eigenen Repräsentationsgruppe begründet ist und deswegen kein selbstlos übernommenes "Anhängsel" darstellt.

Ich erachtete es als Schreiberin als meine Aufgabe, zu versuchen, Zusammenhänge zwischen der repräsentierten Gruppe der Behinderten und Frauen und der nicht repräsentierten Gruppen auf dem sich vergrößernden informellen Sektor sichtbar zu machen. Die Orientierung an der Erforschung dieser Zusammenhänge bildet die theoretische Vorarbeit für die konkrete und notwendige gesellschaftliche Solidarität und Vernetzung. Und das Repräsentationsorgan einer Minderheit sollte dieses Sichtbarmachen durch politische Handlung bewerkstelligen und seinen politischen Sinn wie seine politische Theorie auf dieser "Transzendenz" über die eigene Repräsentationsgruppe gründen.

Aslı E. Odman ist Politik- und Wirtschaftswissenschafterin und forscht derzeit in Mexiko über Veränderung der Arbeitsverhältnisse und Transformation des Staates. asliodman@hotmail.com

- Genau: Bundespflegegeldgesetz (BPGG) vom Juli 1993
- ² Hier übernehme ich direkt die Argumentationslinie von Elisabeth Hammer und August Österle in ihrem Artikel in Kurswechsel 4/2001: "Neoliberale Gouvernementalität im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Von der Reform der Pflegevorsorge 1993 und Kinderbetreuungsgeld 2002".
- 3 http://www.socialeurope.com/onfile/country_profiles/payments_austria_d.htm und http://www.help.gv.at/36/360510_f.html, abgerufen am 11. 9. 2002.
- ⁴ Vgl. die Rede eines Vorarlberger Landtagabgeordneten der ÖVP in Hammer/Österle 2001: 63.
- 5 Hammer/Österle 2001: 64. Die Pflegevereinbarung (PV), die im darauffolgenden Jahr zwischen Bund und Ländern in Form eines Staatsvertrages unterschrieben wurde, ist an eine Zusicherung des Ausbaus des erforderlichen Sachleistungsangebotes durch die Länder und eine Verantwortung des Bundes, eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung der pflegenden Personen zu ermöglichen, gekoppelt.
- ⁶ Christoph Badelt u. a. (1997): Analyse der Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems, Wien.
- 7 Im Regierungsprogramm 2000, zit. nach Hammer/Österle 2001: 67.

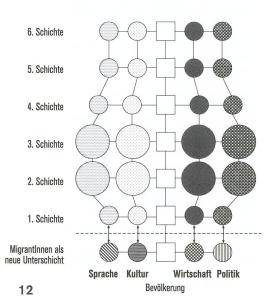
POLITISCHE KONSTRUKTION DER MIGRANTINNEN-IDENTITÄT ZWISCHEN THEORIEKORSETT UND KOMPLEXITÄTSVERKÜRZUNG von Gruppe Or-Om©

Wir beginnen mit der Feststellung, daß vereinfachende, reduzierende und ausklammernde Ansätze der Minderheitentheorien eigentlich selbst eine Art Sozio-Pop darstellen, der in seinen Verkürzungen einem wissenschaftlich-griffigen – wohl auch politisch-ideologisch motivierten – Populismus Vorschub leistet.

Es ist hinlänglich klar, daß Minderheiten im gesellschaftlichen Konnex durch politisch-strategische Identitätserzwingungen seitens der Mehrheit marginalisiert werden. Die derzeitige Theoriedebatte findet im Spannungsfeld zwischen Essentialismus und Konstruktivismus bzw. Dekonstruktivismus (der Postmoderne) statt. Essentialismus geht davon aus, daß etwa sprachliche, geschlechtliche, soziale, kulturelle, religiöse, ethnische und nationale Einzel- und Kollektiv-Identitäten durch grundlegende und weitgehend feststehende Eigenschaften die Einheit persönlicher und kollektiver Subjekte konstituieren. Damit erscheint auch die soziale und politische Repräsentation dieser Identitäten strategisch legitimiert. In der Polemik der Debatte erscheint der Essentialismus als ein konservativ-repressiver Ansatz. Essentialismus vermauert den Weg in die soziale Evolution.

Konstruktivismus wiederum, der sich als progressiv-emanzipativ darstellt, behauptet in unterschiedlicher Radikalität, daß persönliche und Gruppenidentitäten Produkte der (politisch strategischen) Konstruktion darstellen. Er ist eng verbunden mit postmodernen Ansätzen¹. Die radikale Position gegen totalisierende Einheitsstiftung, die Forderung nach radikaler Anerkennung inkompatibler Heterogenität, Pluralität und Differenz im radikalisierten Konstruktivismus führt jedoch bereits zu wichtigen Gegenströmungen in

Abb. 1: Schichtaufbau und Ebenen



der politischen Theorie der Minderheiten selbst, da die Verneinung jedes Essentialismus und die Dekonstruktion jeglicher positiv formulierter Minderheiten-Identität und -Repräsentation den Strategien politisch-emanzipatorischer Handlungsfähigkeit der Minderheit im Kampf um verbesserte Repräsention im Wege steht. Es bildete sich daher ein strategisch motiviertes Festhalten an essentialistischen Ansätzen, der "strategische Essentialismus", der marginalisierten Personen und Gruppen soziale Anerkennung und Selbst-Repräsentation verschaffen soll2. (De-)Konstruktivismus erblindet gegenüber Fragen sozialer Evolution

Natürlich müssen in weiteren Horizonten der Theorie-Evolution sowohl der "Barrieren-Essentialismus" als auch der "blinde Konstruktivismus" in einem neuen universalistischen Essentialismus mit neuen Sozialstrukturen theoretisch aufgehoben werden (vgl. etwa htttp://orom.org/Grundrechtskatalog.htm).

Solange aber die Minderheitentheorie sich im Spannungsfeld zwischen Schulen des Essentialismus ("konservativ-reaktiv") und Varianten des Konstruktivismus ("progressiv-evolutiv") bewegen muß, ist darauf zu achten, daß sie nicht in lapidar begrifflichen Vereinfachungen zu einer Art Sozio-Pop verkümmert. Um dies zu vermeiden, müßten in den Theorietypen beider Richtungen zumindest die folgenden Elemente (Parameter) einzeln und in der Gesamtheit ihrer Zusammenhänge berücksichtigt werden.

1. Element: Schichtmodell: MigrantInnen leben in neuen Unterschichten

Eine moderne Mehrheitsgesellschaft in Europa besteht, von oben nach unten betrachtet, aus etwa folgenden Schichten:

6. Schichte: "große" Selbständige, höchste Angestellte und Beamte, freiberufliche AkademikerInnen; 5. Schichte: "kleine" Selbständige; 4. Schichte: mittlere Angestellte und Beamte; 3. Schichte: niedere Angestellte und Beamte; 2. Schichte: FacharbeiterInnen; 1. Schichte: HilfsarbeiterInnen und angelernte ArbeiterInnen.

Geht man vom Ideal zunehmender Egalität aus³, bedeutet Schichtung daher ein strukturelles *Diskriminierungskondensat* mittels politischer Konstruktion.

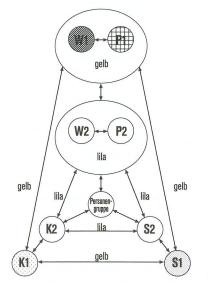
Alle Schichten sind bestimmt durch spezifische sprachliche (S), wirtschaftli-

che (W), politische (P) und kulturell-religiöse (K) Konstrukte, die über den Schichtaufbau miteinander verbunden sind und im folgenden Modell als Ebenen erscheinen. Jede Schichte ist eine "Scheibe" im Modell, die äußeren Kreise bedeuten die Zugehörigkeit zu den Ebenen, im Zentrum der Scheibe befindet sich die Bevölkerung, welche in dieser Schichte lebt⁴.

Wir können die Verbindung zwischen Ebenen und Schichten durch folgenden Aufriß der Konstruktion verdeutlichen (Abb. 1)

In diese (gelbe) Gesellschaft sind Migrantlnnen und zunehmend ihre Familien eingetreten, deren (lila) Persönlichkeiten durch beispielsweise serbische oder türkische sprachliche, religiöse, kulturelle, politische und wirtschaftliche Faktoren bestimmt sind. Zwischen den untersten heimischen Fach- und HilfsarbeiterInnenschichten und den neuen Minderheiten bildeten sich grundsätzlich Spannungstendenzen, die über jene zwischen heimischen Schichten weit hinausgehen (Weitergabe von Abgrenzungsdruck nach unten als Ausgrenzungskonstrukte; realer Ressourcenkonflikt zwischen diesen Schichten hinsichtlich des Zuganges zu Arbeit, Wohnung, Schule, Freizeit, ärztlicher Versorgung und sonstigen gesellschaftlichen Möglichkeiten). Für die Frage der Repräsentation der Migrantlnnenidentitäten im Theoriemilieu (Essen-

Abb. 2: Baukastenmodule



tialismus-Konstruktivismus) bedeutet dies: Jede Form der Verbesserung der Lage der Migrantlnnen durch Veränderung der politischen Repräsentationsmechanismen muß die obigen Spannungsfelder der Schichtung und der Ebenen sowie vor allem die ungünstige Position der Migrantlnnenschichten und ihre

2. Element: Baukastenmodule multipler Schicht-Identitäten

reduzierten Aufstiegschancen im Ge-

samtkonstrukt berücksichtigen.

Daß Migranten multiple Bindestrich-Identitäten besitzen, sollte bereit allgemein anerkannt sein. Aus dem ersten Element ergeben sich wie in einem Baukastensvstem die Module für alle Varianten multipler Schichtidentitäten, welche der/die Einzelne oder eine pressure group der MigrantInnen gesellschaftlich konstruieren, repräsentieren oder fordern. Die LeserInnen mögen die folgende Skizze benützen. Der Baukasten besteht a) aus einem gelben Set mit folgenden Modulen (der Mehrheitsgesellschaft): gelbe wirtschaftliche (W1), politische (P1), kulturell-religiöse (K1) und sprachliche (S1) Identifikationskonstrukte der vergleichbaren InländerInnen-Unter-Schichten, die gelb einzufärben wären, und b) aus einem lila Set mit lila wirtschaftlichen (W2), politischen (P2), kulturell-religiösen (K2) und sprachlichen (S2) Identifikationskonstrukten des Herkunftslandes oder der community der Migrantlnnen, die lila einzufärben wären. Aus diesen Baukastenmodulen konstruierten, bilden weiterhin und werden Migrantlnnengruppen und alle Repräsentationsinstanzen im 3. Element ihre Vorstellungen über Minoritäten-Identitäten (z. B. Verstärkung gelb und Abschwächung lila; Balance von positiv gelb und positiv lila; Reduzierung bis Ablehnung von gelb und Verstärkung von lila; Ablehnung gelb und Ablehnung lila in allen oder einzelnen Modulen: Abb. 2),

Jede auf evolutive Erzeugung, Verbesserung und Anerkennung neuer Migrantlnnen-Identitäten ausgerichtete (Selbst-)Repräsentation der Migrantlnnen müßte sich diesem ausgefächerten Modell stellen.

Die Ideologiemilieus aller Repräsentationsinstanzen

1. Repräsentation durch die Mehrheitsgesellschaft:

Bekanntlich wurden ursprünglich die politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Interessen der Migrantenidentitäten überwiegend durch Instanzen der Aufnahmegesellschaft definiert, konstruiert und repräsentiert. Geprägt durch ihre jeweiligen Ideologien (zweckorientierte politische Konstrukte) wurden mehrheitslastige und damit einseitige – paternalistisch – bevormundende Repräsentationsmuster sozial etabliert.

2. Neue pressure groups:

"Verzicht auf die Bevormundung durch "Gutmenschen"!" Die paternalistische Vorgabe und Definition dessen, was die Migrantlnnen an "Integration" zu leisten hätten, die theoretische und praktische Verfügung über ihre Identität, die hinhaltende Taktik ohne Veränderung der rechtlich-politischen Ausgrenzung und Unterdrückung führen zu radikaleren, selbstbewußten Organisationen der Migrantlnnen außerhalb der paternalistischen Vorfeldorganisationen, zu denen sie sich in Opposition stellen⁵.

3. Weitere MigrantInnen-Organisationen: Das Spektrum ist zweifelsohne durch Vereine und Organisationen der Minderheiten zu ergänzen, die - teils "links", teils "rechts" orientiert - eher in kontrastierendem Isolationismus eine Erhöhung der jeweiligen lila ethnischen und/oder religiösen Wertmodule zum Zwecke von Identitätsstabilisierungen verfolgen. Es ist klar, daß diese Gruppierungen mit den pressure groups (unter 2.) teilweise ideologisch kollidieren und daß daher vor allem bei der Frage der "legitimen Vertretung der Interessen" (Repräsentation) einer bestimmten, sich ethnisch definierenden Gruppe künftig innerhalb der ethnischen Gruppierungen selbst und im Verhältnis zu den Gruppen (unter 1.) neue inhaltliche Konflikte und politischtaktische Steuerungsprobleme auftauchen werden.

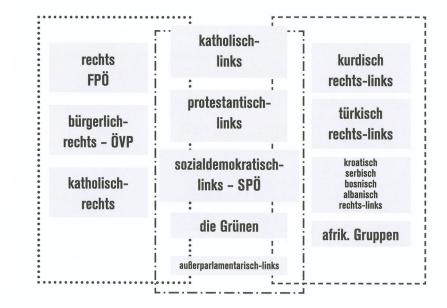
Eine grobe Übersicht über die ideologischen Spannungen aller bestehenden und möglichen Repräsentationsinstanzen der *Mehrheitsgesellschaft* (z. B. FPÖrechts; ÖVP-bürgerlich-rechts; katholischrechts; katholisch-links; protestantischlinks; sozialdemokratisch-links-SPÖ; Grüne; außerparlamentarisch-links;) und der *Minderheiten* (z. B. kurdischrechts/links; türkisch-rechts/links; [kroatisch, serbisch, bosnisch, albanisch]-

rechts/links; afrikanische Gruppen) hätte den Rahmen zu bilden, dem sich der Diskurs im Spannungsfeld zwischen Essentialismus und Konstruktivismus stellen muß, wenn die Frage der Repräsentation nicht von den realen Gegebenheiten und Lagen (Realkonstrukten) der Minderheiten abgehoben bleiben soll.

Gruppe Or-Om© (Selbstbeschreibung unter: http://or-om.org/) (Non-profit-Organisation) ist in virtueller Raumzeit (...) als virtuelles Aktionsfeld tätig. Die einzelnen Persönlichkeiten können daher an verschiedenen Punkten der üblichen Raumzeitentwicklung auftreten (...) und sind insoweit an die Realitäten der jeweiligen Epoche gebunden, als sie auf deren Begrenzungen, Einseitigkeiten und evolutionären Mängel Bezug nehmen, um eine Weiterbildung von Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft anzuregen. Grundsätzlich ist daher die Zahl der Mitglieder der Gruppe unbegrenzt. Die Gruppe erstellt Beiträge zur Evolution von Kunst, Mathematik-Logik, Erkenntnistheorie und Sozialformen.

- ¹ Zu den einzelnen postmodernen Schulen und ihren M\u00e4ngeln vgl.: http://or-om.org/Postpostmoderne.htm
- ² Eindringlich weist Hakan Gürses in seinem Artikel: "Sprechen und Handeln" in der STIMME Nr. 39, II / 2001 auf diese Problematik hin.
- ³ Vgl.: http://or-om.org/Grundrechtskataloge.htm, der auch Perspektiven einer universalistischen Überwindung des erwähnten Essentialismus und des postmodernen Konstruktivismus enthält.
- 4 N\u00e4heres zu den Details des Modells siehe etwa: http://or-om.org/Migrationsprobleme.htm.
- ⁵ Etwa Ljubomir Bratić in einer Dokumentation der IV. Österreichischen Armutskonferenz 2000; vgl. auch: http://www.wwp.at.

Ideologiemilieus der Repräsentationsinstanzen



DIE PARTIZIPATION DER ETHNISCHEN MINDERHEITEN IN DER REPUBLIK SLOWENIEN

von Boris Jesih

Gern wird die politische und soziale Situation einer Volksgruppe mit der Situation der Minderheiten im "Mutterland" jener Volksgruppe verglichen. Wie sieht es etwa mit der politischen Repräsentation der Volksgruppen bei den "südlichen Nachbarn" aus? Ein Expertenbericht dazu aus der Republik Slowenien.

Die Frage der politischen Partizipation der Minderheiten ist eine der grundlegenden Fragen der Demokratie. Hier ist nicht nur die Beteiligung nationaler Minderheiten, sondern auch die Beteiligung aller Arten von Minderheiten in der Gesellschaft gemeint. Dennoch wollen sich die ethnischen, sprachlichen, kulturellen Minderheiten, oder wie immer man sie auch bezeichnet, gerade bei der Partizipation an der Macht auf gewisse Weise von anderen benachteiligten Minderheiten in der Gesellschaft unterscheiden. Meistens erklären sie das mit historischen, völkerrechtlichen oder rein politischen Argumenten. Im Grunde genommen ist das genen Nationalstaat zu leben, was aber in der heutigen Zeit für eine immer größere Zahl von Menschen in beinahe allen Umgebungen zutrifft.

Zwischen Sonderstellung und Rechtsbeschränkung

Die Grundfrage, die sich dabei stellt, ist, ob derartige Minderheiten aufgrund obengenannter Charakteristika überhaupt eine Sonderstellung in der politischen Partizipation eingeräumt bekommen können und in welchem Umfang sie hinsichtlich der henden Gewalt eingeräumt wird.

gar xenophobischen Fürsprecher haben werde. Eine Beschränkung der Zuwanderung oder aber auch der Rechte bestimmter Minderheiten wird jedenfalls keineswegs Fragen lösen, die sich zwangsläufig aus der Koexistenz von Minderheiten und Mehrheiten ergeben.

Minderheiten bekennen sich in politischer Hinsicht, sehr grob abgegrenzt, zu zwei Modellen, und zwar zum Integrationsbzw. zum Autonomiemodell (mit verschiedenen Kooperationsformen). In den meisten neu entstandenen Staaten, aber auch in den Staaten, die in den alten Grenzen bestehen, steht gerade die Frage der politischen Partizipation nationaler Minderheiten besonders im Vordergrund.

Das politische System der parlamentarischen Demokratie ist schon seinem Wesen nach Minderheiten nicht besonders zugetan, da in Demokratien - zumindest deklarativ - die Mehrheit entscheidet; die Mehrheit siegt bei Wahlen, die Mehrheit beschließt Gesetze usw. Und wenn in einem solchen System eine Minderheit aufgrund ihrer besonderen ethnischen Charakteristika bestimmte Sonderrechte auch auf dem Gebiet der politischen Mitentscheidung beansprucht, entstehen zwangsläufig Konflikte. Man vergißt nämlich nur allzu oft, daß in einer Demokratie die verschiedenen Gruppen untereinander einen Konsens finden sollten, und das insbesondere auch mit Minderheiten, bevor es zu Mehrheitsentscheidungen kommt. Das Mehrheitsvolk ist also dazu aufgerufen, im Rahmen seiner demokratischen Strukturen auch VertreterInnen der Minderheiten einzubinden.

Repräsentation der Minderheiten in Slowenien

In der Republik Slowenien haben die italienische und die ungarische Minderheit die politische Partizipation gesichert, auf lokaler Ebene auch die Roma.

Die italienische Volksgruppe lebt in drei Gemeinden im Küstenland. Die ungarische Volksgruppe lebt in der Region Prekmurje in fünf Gemeinden. Die Roma leben teilweise in Prekmurje und teilweise auch in der Region Dolenjska. Es geht um numerisch kleine Minderheiten: So zählt die italienische Minderheit etwas über 3000 Personen, die ungarische etwas über8 000 Personen und die Roma etwa 2300 Personen. Es ist anzunehmen, daß die Daten nach der Volkszählung 2002 etwas größer sein werden.

· Einrichtung von Organisationen und öffentlichen Zentren.

Die Selbstverwaltungsgemeinschaften arbeiten mit den Organen der selbstverwalteten Gebietskörperschaften und mit den in das Parlament gewählten VertreterInnen der Volksgruppen zusammen.

Aufgaben, Kompetenzen, Organisationsformen, Art der Entscheidungsfindung, Form der Vertretung der Selbstverwaltungsgemeinschaften und Wahl in deren Organe sind in den Statuten dieser Selbstverwaltungsgemeinschaften detailliert festgelegt. Auch die Kooperationsform der Selbstverwaltungsgemeinschaften mit den Organisationen, Verbänden, Vereinen und anderen Institutionen, die von den Angehörigen der Volksgruppen zur Wahrnehmung ihrer Sonderrechte gegründet werden, ist in diesem Statut genau festgelegt.

Die Selbstverwaltungsgemeinschaften der Volksgruppen präsentieren den selbstverwalteten Gebietskörperschaften Vorschläge, Initiativen und Stellungnahmen hinsichtlich aller Angelegenheiten, die die Existenz der Volksgruppen und die Erhaltung der Charakteristika des ethnisch gemischten Gebiets betreffen. Die Organe der selbstverwalteten Gebietskörperschaften müssen diese Initiativen behandeln.

Die VertreterInnen der Volksgruppen, die in die Gremien der Gebietskörperschaften gewählt werden, müssen vor der Entscheidung über Themen, die sich auf die Sonderrechte der Volksgruppenangehörigen beziehen, die Zustimmung der Selbstverwaltungsgemeinschaft einholen.

Ebenso präsentieren Selbstverwaltungsgemeinschaften der Volksgruppen Vorschläge, Initiativen und Stellungnahmen zu allen Angelegenheiten aus ihrem Zuständigkeitsbereich dem Parlament, der Regierung und den anderen Staatsorganen. Diese sind ihrerseits verpflichtet, die Stellungnahme der Selbstverwaltungsgemeinschaften einzuholen, bevor sie über Angelegenheiten entscheiden, die sich auf den Status der Angehörigen der Volksgruppen beziehen.

Politische Partizipation der Roma

Kommunale VertreterInnen der Minderheit in den Gemeinderäten haben ein imperatives Mandat gegenüber den Selbstverwaltungsgemeinschaften. Die Gemeinderäte, die als VertreterInnen der Minderheit gewählt werden, haben das Recht auf Mitbestimmung bei allen Themen, die mit den Minderheitenrechten direkt in Verbindung stehen. Damit hat die Volksgruppe mehr oder weniger ein Vetorecht bei allen Entscheidungen, die die Existenz der Volksgruppe betreffen. In den zweisprachigen Gemeinden garantiert das Gesetz mindestens eine/n GemeindevertreterIn pro Volksgruppe (das gilt auch für die Roma-Gemeinschaft).

Auf Staatsebene wählen die beiden Volksgruppen, ItalienerInnen und UngarInnen, direkt je eine/n Abgeordnete/n ins Parlament. Darüber hinaus können Volksgruppenangehörige auch auf den Wahllisten der politischen Parteien kandidieren. Die beiden Minderheitenabgeordneten werden durch ein Mehrheitssystem gewählt und haben ein repräsentatives Mandat im Parlament. Im Vergleich zu den MinderheitenvertreterInnen in den Gemeinderäten sind sie für ihre Arbeit gegenüber niemandem verantwortlich.

Während man bei den ItalienerInnen und Ungarlnnen fast von einem idealen Zustand der Regelung der politischen Partizipation in Slowenien sprechen kann, sieht die Lage bezüglich der Roma ziemlich anders aus. Obwohl die Republik Slowenien einer der wenigen Staaten ist, der in seiner Verfassung die Roma als autochthone ethnische Gemeinschaft definiert, sind ihre politischen Partizipationsrechte erst heuer gesetzlich geregelt worden. D. h., die Volksgruppe der Roma hat im Gemeinderat ihre Vertretung per Gesetz gesichert. Im Artikel 65 der slowenischen Verfassung werden der Status und die Sonderrechte der Roma näher bestimmt. Es muß jedoch festgehalten werden, daß es weiterhin keine entsprechenden Ausführungsgesetze gibt, mit denen es möglich wäre, die Rechte für die Roma auch umzusetzen und zu schützen. Wie dem auch sei - die Romamandatare werden die gleichen Rechte haben wie die anderen VolksgruppenvertreterInnen. Bei den Gemeinde- und Nationalratswahlen haben Minderheitenangehörige ein doppeltes Stimmrecht. Zum einen wählen sie damit ihre eigenen VertreterInnen, zum anderen geben sie ihre weitere Stimme einer politischen Partei. Dieses doppelte Stimmrecht gibt ihnen die Möglichkeit, ihre eigene Volksgruppenvertretung zu wählen und sich darüber hinaus auch an der Zusammensetzung der übrigen Parlamentsparteien zu beteiligen. Bis 2002 haben die Roma ihre ei-

genen Mandatare nur in der Gemeinde Murska Sobota gewählt. Mit der Novellierung des Gesetzes über die lokale Selbstverwaltung (Amtsblatt der Republik Slowenien / 2002) in diesem Jahr wird es künftig möglich, daß Roma in 20 weiteren Gemeinden ihre VertreterInnen wählen können. Man nimmt an, daß dieses Gesetz nur in 14 Gemeinden umgesetzt wird, weil sich sechs Gemeinden einer solchen Regelung widersetzen. Derzeit läuft auch eine Verfassungsklage gegen diese Novelle.

Das ist unter anderem die Folge der spürbaren Intoleranz und Feindlichkeit gegenüber den Roma, die in einem Teil der slowenischen Bevölkerung herrscht. Trotzdem ist diese Regelung für Roma in Slowenien ein wesentlicher Schritt zur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in der slowenischen Gesellschaft.

> Boris Jesih forscht am Institut für ethnische Studien in Ljubljana.



der Volksgruppen gründen unter anderem Organisationen und öffentliche Institutionen, sie sorgen für Kontakte zum "Muttervolk" und können auch Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich des Staates übernehmen. Sie sind also die Garantie für die Form der politischen Organisation der Minderheiten. Das Gesetz aus dem Jahre 1994 (Amtsblatt der Republik Slowenien Nr. 65/94) sieht vor, daß in den autochthonen Siedlungsgebieten der beiden Volksgruppen die VertreterInnen dieser Minderheiten öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungsgemeinschaften einrichten. Solche Selbstverwaltungsgemeinschaften sind auf der Ebene der Gemeinden sowie auf der Ebene der Regionen eingerichtet. Zu ihren Aufgaben zählt unter anderem:

Die italienische und die ungarische

Minderheit hatten die meisten Rechte

schon im früheren Jugoslawien, also vor

1991. Die politische Organisiertheit dieser

beiden autochthonen nationalen Minder-

heiten ist eine sehr geschlossene und

nachvollziehbare, ihre Minderheitenrechte

garantiert ihnen die slowenische Verfas-

mungen für die ItalienerInnen und Unga-

rlnnen werden durch den Artikel 64 der

slowenischen Verfassung geregelt. Dieser

Artikel bestimmt auch die unmittelbare po-

litische Vertretung der beiden Volksgrup-

pen in den Vertretungsorganen der loka-

len Selbstverwaltung und im staatlichen

Parlament. Rechtsakte und sonstige Be-

stimmungen, die wichtige Rechte und An-

liegen der Volksgruppen berühren, können

nicht ohne Zustimmung der Volksgruppen

angenommen werden. In Wirklichkeit be-

deutet das ein Vetorecht für die Minder-

heiten. Mit dem Gesetz zu den Selbstver-

waltungsgemeinschaften sind die Orga-

nisierung der Volksgruppe, ihr Verhältnis

zu den Organen der lokalen Selbstver-

waltung, die Beziehungen zum "Mutter-

volk" in den anderen Staaten sowie die Fi-

nanzierung ihrer Tätigkeiten definiert. Es

geht um die Umsetzung ihrer Interessen,

damit ihre organisierte Mitarbeit in den öf-

fentlichen Bereichen gesichert ist. Ihre An-

träge richten beide nationalen Minderhei-

ten auf kommunaler und staatlicher Ebene

ein (Gesetz über Selbstverwaltungsge-

meinschaften der Volksgruppen, Amtsblatt

Selbstverwaltungsgemeinschaften

Diese Selbstverwaltungsgemeinschaften

der Republik Slowenien Nr. 65/94).

und ihre Aufgaben

Die wichtigsten Partizipationsbestim-

sung aus dem Jahre 1991.

- · Zustimmung zu jenen Angelegenheiten zu geben, die den Schutz der Sonderrechte der Volksgruppen betreffen;
- · Erörterung und Prüfung all jener Fragen, die den Status der Volksgruppen tangie-
- · Erarbeitung und Beschließung von Stellungnahmen und Vorschlägen für die zuständigen Vertretungsorgane;

STRATEGIEN GEGEN RASSISMUS IN DEN MEDIEN - ZUMINDEST EIN ANFANG

von Verena Krausneker

Der Wiener Verein "ZARA – Beratungsstelle für Zeuglnnen und Opfer von Rassismus" hat gemeinsam mit der "Universitären Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit" in Graz ein strategisches Projekt gegen Rassismus in den Medien erarbeitet.

Der niederländische Sprachwissenschaftler Teun van Dijk hat sich intensiv mit der Rolle der Medien, vor allem der Nachrichten, im Zusammenhang mit Rassismus auseinandergesetzt. Er meint: "Die Themen des Alltagsdiskurses über Minderheiten sind größtenteils mit denen der Massenmedien identisch" (1991: 40). Van Dijk stellt fest, daß Leute, die ihre "ethnic opinions" ausdrücken oder verteidigen, sich oft auf in den Medien Gehörtes berufen – und überhaupt keine oder minimale persönliche Erfahrungen als Beleg für ihre (oft negativen) Meinungen haben.



Außerdem arbeiten die meisten Medien gemäß dem Grundsatz, daß nur "bad news good news" seien. Über negative Neuigkeiten und Vorfälle wird viel eher berichtet als über positive. Minderheiten / "Ausländerlnnen" kommen medial oft ausschließlich in negativen Kontexten – Gewalt, Drogen, gewaltsamer Widerstand, Bedrohung ... – vor. Einen nur annähernd der Realität entsprechenden Eindruck können die Leserlnnen somit unmöglich erhalten, vor allem, wenn sie den größten Teil ihres Wissens über Minderheiten aus den

Medien beziehen und keinerlei diesbezügliche persönliche Erfahrungen haben.

Darüber hinaus verlaufen der Prozeß der Nachrichtenauswahl und die Darstellung der Nachrichten meist nur aus der weißen, männlichen Mittelklasse-Perspektive. Minderheiten haben kaum Zugang zu den großen, meinungsbildenden Medien, somit werden Berichte über Minderheiten häufig aus einer anderen als ihrer eigenen Perspektive geschrieben: Es gibt immer ein implizites "Wir", das Schreiberlnnen und Leserlnnen umschließt und ein "Sie", über das berichtet wird (vgl. van Dijk 1988).

Ein Projekt für sensible Berichterstattung

Der Wiener Verein ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) hat nun gemeinsam mit der Universitären Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit in Graz ein strategisches Projekt gegen Rassismus in den Medien erarbeitet.

Sensibler Sprachgebrauch mit dem Ziel, weniger vorurteilsbehaftete Berichterstattung zu erreichen, steht im Zentrum der Aktion: In einem österreichweit breit ausgesandten Brief werden Medienschaffende gebeten, in einen Kommunikationsprozeß einzusteigen. Dabei geht es nicht darum, JournalistInnen Vorwürfe zu machen, sondern in einer gemeinsamen Anstrengung einer sensibleren – und damit besseren – Berichterstattung den Weg zu bereiten.

In einem umfassenden Informationsartikel, der auf der ZARA-Homepage (www.zara.or.at) einseh- und herunterladbar ist, werden Medienschaffenden verschiedene konkrete sprachliche Strategien vorgeschlagen und Hinweise auf mögliche, weniger problematische Formulierungen gegeben.

Vorerst besteht der Kern der Aktion – der Informationsartikel – aus mehreren konkreten Vorschlägen für "Richtlinien". Diese beziehen sich auf die sprachliche Handhabe der Referenz auf die Hautfarbe von Menschen; außerdem wird vorgeschlagen, mit gleichen Standards über verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu berichten und speziell über eine Gruppe – AfrikanerInnen bzw. AfroösterreicherInnen – mehr positive Berichterstattung zu forcieren. Dieser Punkt hat speziell mit den Erfahrungen der in Graz

zahlreichen afrikanischen Asylwerberlnnen zu tun, die von der *Universitären Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit* mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht wurden. Wichtig ist dabei, daß es eine Hilfestellung für jene Medienschaffenden geben soll, denen auch im oft hektischen Medienalltag eine sensiblere Wortwahl wichtig ist und die sich immer wieder in Entscheidungsnot sehen.

Die Medien spielen in mehrerer Hinsicht eine zentrale Rolle bei der Generierung und Kommunikation von Rassismus: Sie bestimmen u. a. sehr stark die öffentliche Meinung und den Status quo darüber, was "sagbar" und was Tabu ist.

Vom Rassismus in den Medien ist allerdings eher selten eine bestimmte, individuelle Person betroffen, denn rassistische Argumentationen und Meinungen sind in den Medien meist nicht direkt an eine bestimmte Person adressiert, sie sind allgemein gehalten. Damit es zu einer Beschwerde über Inhalte in den Massenmedien kommt, muß sich also jemand persönlich angesprochen und in der Folge verantwortlich fühlen. Jeder Mensch kann sich entweder selbst direkt an das betreffende Medium wenden oder aber sich beim sozial und juristisch geschulten Team der ZARA - Beratungsstelle für Zeuglnnen und Opfer von Rassismus beraten lassen und auf diese Weise eine Beschwerde einbringen.

ZARA-Beratungsstelle für
Zeuglnnen und Opfer von Rassismus
Tel.: (01) 92 91 399
e-mail: office@zara.or.at
Die Aktion "Strategien gegen
Rassismus in den Medien" ist durch
Einzelpersonen kostenlos
unterstützbar: Es werden – um dem
Anliegen Nachdruck zu verleihen –
Unterschriften gesammelt, siehe
http://www.zara.or.at/01_04.html.

Verena Krausneker

ist Sprachwissenschafterin und Mitbegründerin von ZARA.

Literatur:

Van Dijk, Teun (1988): Mediating Racism. In: Wodak, Ruth (ed.): Language, Power and Ideology. Studies in Political Discourse. Amsterdam: Benjamins: 199-226

Van Dijk, Teun (1991): Racism and the Press. Critical Studies in Racism and Migration. London:
Routledge

VIELFALT IN DER EINHEIT DIE GRÜNE VISION EINER OFFENEN GESELLSCHAFT von Alev Korun

Alev Korun, Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten, ist seit einigen Jahren im Grünen Klub als parlamentarische Mitarbeiterin für Minderheiten- und Migrationsfragen tätig. Bei den kommenden Wahlen kandidiert sie nun auf der Wiener Liste der Grünen. Korun, die selbst aus der Türkei nach Österreich immigriert ist, erörtert im folgenden Text nicht nur den Minderheiten-Schwerpunkt ihrer Partei, sondern auch die Gründe für ihre Kandidatur.

Viel stärker als bei früheren Wahlen haben die Grünen diesmal die Möglichkeit, unsere Visionen einer "anderen", offenen, demokratischen, sozial gerechten Gesellschaft zu thematisieren und die Menschen dafür zu gewinnen. Weil die Menschen in Österreich inzwischen eine nicht mehr so vage Vorstellung davon haben, was von BürgerInnen- und Minderheitenrechten übrig bliebe bei einer Fortsetzung dieser Koalition.

Der grüne Einsatz für die Menschenrechte aller ohne Ausnahme war und ist konsequent. Er ist getragen vom Prinzip, nicht bei der Verteidigung der Rechte von Marginalisierten stehen zu bleiben und keine StellvertreterInnenpolitik zu machen. Sein Grundsatz ist nicht "Ihr seid so arm, und daher helfen wir Euch", sondern es geht ihm um die Beseitigung der Strukturen, die zu Marginalisierung und Ausgrenzung führen. Für die Rechte von "Schwachen" einzutreten, ist gut und notwendig, aber was kann es ausrichten angesichts andauernder struktureller Ausgrenzung? Daher ist es notwendig, die diskriminierten Gruppen und Menschen egal, ob es sich um behinderte Menschen, sexuelle, sprachliche oder "ethnische" Minderheiten handelt - mit Rechten und gesellschaftlicher Macht auszustatten, sie auf diese Weise aus ihrer Minderheiten-



stellung herauszuholen und im positiven Sinn sichtbar zu machen. Was in den letzten Jahren modisch "empowerment" genannt wurde, bezeichnet genau diesen Ermächtigungsprozeß, der Minderheitenangehörige ermutigt und unterstützt, ihre Anliegen und die Anliegen der Gesamtgesellschaft in die Hand zu nehmen und Lösungen zu entwickeln.

Für eine integrative Gesellschaft

Denn ernstgemeinte Integrationspolitik hat – wie auch ernstgemeinte Sozialpolitik – letztendlich und langfristig sich selbst überflüssig zu machen, indem sie die Zustände, die sie kritisiert, abschaffen hilft. Eine Integrationspolitik können wir als gelungen betrachten, wenn ein gesellschaftlicher Konsens besteht über demo-

kratische Aufnahme- und Teilhaberegeln in diese und an dieser Gesellschaft; wenn Österreicherln-Sein nicht als Blut-und-Boden-Prinzip verstanden wird, sondern als freiwillige Mitgliedschaft an dieser Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten, die dazu gehören. Erst wenn Migrantlnnen nicht nur als Putzfrauen und Bauarbeiter sichtbar und wahrnehmbar sind, sondern auch als Fernsehmoderatorlnnen, Bankangestellte, RechtsanwältInnen oder Geschäftstreibende, kann gesagt werden, daß die österreichische Gesellschaft eine integrative ist. Und ich bin bei den Grünen, um u. a. diese Vision voranzutreiben.

Wie viel Einheitlichkeit braucht eine pluralistische Gesellschaft? Wie können individuelle Lebensentwürfe ohne Bevormundung gelebt und gefördert werden? Was bedeutet Österreicherln-Sein nach 40 Jahren Arbeitsmigration? Grüne Integrationspolitik nimmt diese Fragen ernst und fordert ein neues, offenes und realistisches Selbstbild der österreichischen Gesellschaft. Die Forderung nach Gleichberechtigung aller Mitglieder der Gesellschaft nimmt den Demokratieanspruch ernst, und die Forderung nach effektivem Schutz vor Diskriminierung signalisiert, daß Vielfalt keine Ausnahme, sondern die Normalität ist und Diskriminierung gesellschaftlich nicht akzeptiert werden darf.

"WIEN WAR SCHON IMMER MULTIKULTURELL, SCHAUT DOCH INS TELEFONBUCH!"

Hängt auch Ihnen das berühmte Telefonbuch-Argument zum Hals raus? Wollen Sie im Zeitalter der Information besser informiert werden über Minderheiten? In diesem Fall können Sie unsere Publikationen bestellen:

6 x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen

von Gerhard Baumgartner. Edition Minderheiten, Band 1 (hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*)
Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 1995; € 20,13

Wege zu Minderheiten. Ein Handbuch

Edition Minderheiten, Band 2 (hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*) Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 1998; € 20,71

O du mein behinderndes Österreich! Zur Situation behinderter Menschen

von Franz-Joseph Huainigg. Edition Minderheiten, Band 3 (hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*) Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 1999; € 20,71

klanggesetz. 14 klangbilder zum minderheiten-artikel 7 Ein Projekt der Initiative Minderheiten CD. Extraplatte EX 468-2; € 15.99

Bestellungen unter: Initiative Minderheiten; Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien Tel.: (01) 586 12 49-12; Fax: (01) 586 82 17; e-mail: initiative.minderheiten@chello.at

Gerald Kurdoğlu Nitsche Landeck/Tirol

an Deniz Pala Absolventin des St. Georgs-Kollegs, Studentin der Soziologie in Istanbul

LIEBE DENIZ,

vor drei Jahren habe ich mich von meinen SchülerInnnen in Istanbul verabschiedet, Du erinnerst Dich sicher, wie schwer es mir gefallen ist!

Am 5. Juli 2002 war mein allerletzter Schultag. Dabei hatte ich mir gedacht, nach dem traurigen Abschied von Euch, daß ich mich in meinen letzten drei Schuljahren nicht mehr so gut auf die hiesigen Kinder und Jugendlichen einstellen können würde, nachdem ich doch ein so glücklicher Lehrer bei Euch war. Aber nein, das vergangene Schuljahr war auch besonders schön. Dabei ging ich eigentlich nie gern in die Schule (Schwellenangst, ja, auch bei Lehrern gibt es das!), aber wenn ich einmal dort war, war's meistens lustig, und ich guter Dinge. Ich sage Dir. der Abschied war wieder schlimm, die rührenden Reden und Geschenke, da saßen die Tränen locker!

Aber ich will Dir noch von unserer Fahrt nach Portugal erzählen: Zuerst sahen wir uns bei Murten in der französischen Schweiz die Expo 2002 an - recht interessant, aber am meisten faszinierte mich dort die selbstverständliche Zweisprachigkeit (französisch, deutsch), Du kennst ja meine Marotte mit den Wenigerheiten. Im Süden Frankreichs sahen wir zweisprachige Ortstafeln, okzidanisch und französisch, weiter im Südwesten sogar dreisprachig, auch baskisch. Da dachte ich daran, daß es bei uns ein Problem ist, in entsprechenden Kärntner Gemeinden Ortstafeln auch slowenisch zu beschriften, wie es laut Staatsvertrag sein müßte. Ich wäre stolz, wenn es das hier auch gäbe, aber die meisten Ortsnamen in Tirol sind ja eh nicht deutsch. Ich finde es reizvoll, daß Wien in den verschiedenen Nachbarsprachen Bec und Widen heißt. Im neuen Museum in Bilbao, dem faszinierenden Bau von Frank Gehry, ist der Museumsführer neben englisch dreisprachig: spanisch, galego, baskisch. Das Baskische, eine vor-indoeuropäische Sprache, ist derart anders, daß man nichts Vergleichbares, Verwandtes findet. Man hört immer wieder von der separatistischen ETA und ihren terroristischen Anschlägen, was ich, wie Du Dir denken kannst, zutiefst ablehne, aber daß jetzt die baskische Partei verboten wurde, ist keine gute und kluge Minoritätenpolitik! Du kennst ja Vergleichbares aus der Türkei.

Öfters hört man von Touristen: In X ist es ja sehr schön, wenn nicht die blöden Einheimischen wären! Die Tourismusindustrie hat in einigen Ländern, auch in der Türkei, leider auf diese Einstellung reagiert und Hotelanlagen geschaffen, die fast Festungcharakter haben, so daß die Gäste vom umliegenden Land fast abgeschnitten sind. Mir liegen solche reine Nur-Badeurlaube nicht, ich will das Land und seine Leute kennenlernen.

Beim Studium der Fahrtroute stießen wir auf Seite 2 des Portugalführers auf folgenden überraschenden Text: "Fremde Kulturen kennenlernen und gastfreundlichen Menschen begegnen - wie sehr genießen wir das auf Reisen. Zu Hause aber wird mancher Ausländer von einer kleinen Minderheit [in diesem Zusammenhang würde ich dieses Wort gern auch so verwenden und mit Absicht, sonst sage ich ja lieber Wenigerheit] beschimpft, bedroht und sogar mißhandelt. Alle, die in fremden Ländern Gastrecht genossen haben, tragen hier besondere Verantwortung. (...) Lassen Sie uns gemeinsam für die Würde des Menschen einstehen. Verlagsleitung, MitarbeiterInnen des DuMont Buchverlags."

Das hat mich gefreut und mir aus der Seele gesprochen. Selbst ohne Fremd-

sprachenkenntnisse kann man sich mit Leuten irgendwie unterhalten. Dazu ein nettes Erlebnis: An einem Campingplatz in Portugal hatte sich ein Italiener mit seinem Wohnwagen "eingegraben" und steckte hoffnungslos. Ein Holländer half ihm und redete englisch, ich radebrechte italienisch und holländisch mit dem Helfer, darauf kam ein Portugiese und sprach mit uns holländisch - ja, seine Mutter ist Holländerin! Wir konnten den Wagen mit vereinten Kräften (und interkulturell) aus dem Sand befreien. Aber das war noch nicht das Einzige an Interkultur: In Portugal sind viele Häuser außen mit blauen Fliesen, sogenannten Azulejos, verkleidet; das hat mich sehr an die Blaue und andere Moscheen in der Türkei erinnert, und zu Recht, denn der maurische Einfluß ist dort und auch in Spanien unübersehbar. Noch dazu war ich ja im Land der Sefarden, der einst spanischen Juden, die in alle Welt vertrieben wurden, wie auch Deine Vorfahren.

Es gäbe noch so viel zu erzählen, aber ich fahre morgen nach Irland, um etwas über die Sprache, Lebensweise und Literatur der irischen *tinkers* zu erfahren: Das sind Fahrende, deshalb auch richtiger und lieber *travellers* genannt.

Wegen meines letzten Briefs aus Istanbul hat mich ein Kurde angemailt, er ist Arzt in Innsbruck und sehr an kurdischer, aber auch türkischer Sprache und Literatur interessiert; wir verbrachten einen sehr netten Nachmittag und sprachen auch türkisch. Dabei habe ich einen Fachmann für das Kurdische gefunden; er wird mir helfen, in meinem Verlag eine kurdische Anthologie herauszubringen!

Viel Erfolg bei Deinem Studium, und vielleicht sehen wir uns, ich habe Sehnsucht nach der Türkei.

Dein alter Lehrer

Gerald Kurdoğlu Nitsche



NACH DEM HOCHWASSER

von Erwin Riess

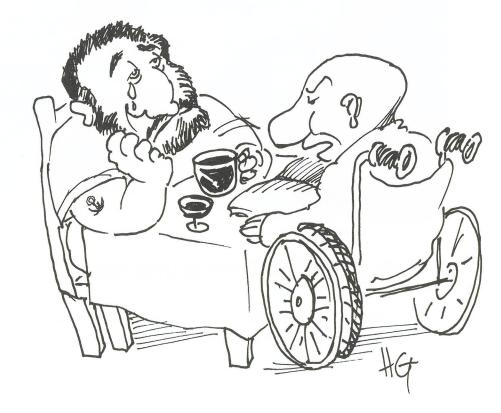
Nach dem großen Hochwasser im August zog es Groll mehr denn je an die Donau. Stundenlang saß er in Korneuburg an der Lände, spendete den Bauarbeitern, die Schlamm wegbaggerten, Beifall, spornte den verzweifelten Donaupiraten an, der seinen halb weggeschwemmten Würstelstand entgegen allen Unkenrufen in wenigen Tagen wieder betriebsfertig hatte und tröstete den alten Herrn und Donaukenner, der zwischen dem Getreidesilo und der Erdgasfüllstation für Schiffe ein kleines ebenerdiges Häuschen bewohnt und nun von vorn wieder anfangen muß.

Die Sonne schien, tagelang fiel kein Regen, und wenn die weißen Sandberge an den Ufern und der feine Staub in der Luft nicht gewesen wären, hätte nichts auf eine vor kurzem stattgefundene Überschwemmung hingedeutet. Längst hatte die Rollfähre den Betrieb wieder aufgenommen, und im Restaurant Tuttendörfl saßen wie eh und je wohlhabende Bürger über schmackhaften Fischgerichten und erfreuten sich am Glanz ihrer Achtzylinder-Karossen vor dem Garten. Auch die Binnenschifffahrt war wieder in Gang gekommen, fast hatte es den Anschein, als wollten die Reeder die verlorenen Tage wieder gut machen - selten hatte Groll soviel Verkehr in so kurzer Zeit beobachtet. Zeitweise waren sechs, sieben Schiffe zu sehen, es kam zu aufregenden Überholmanövern der schneller bergfahrenden holländischen Motorschiffe, die schwerfällige rumänische oder ukrainische Schubverbände in nicht einmal fünfzehn Minuten geradezu stehen ließen. Alles war wieder wie sonst. Der Donaualltag war wieder eingekehrt. Dennoch spürte Groll eine seltsame Unruhe am Fluß.

Die vom Hochwasser geknickten Gräser standen schief, die Radfahrer fuhren mit ernsterer Miene als sonst, und es gab keine Kinder, die am Treppelweg ihren Müttern voran liefen. Es war, als hielte die Natur den Atem an. In diesen Stunden, in denen Groll sehr nachdenklich und besorgt war, gab es für ihn nur einen Trost. Eine kurze Passage aus dem Band 10-1 der Gesammelten Schriften Theodor W. Adornos, die sich auf Seite 430 am Ende eines Aufsatzes über "Wien, nach Ostern 1967" findet. Es heißt dort: "In den Donau-Auen, an einem Werktag. Rätselhaft die große Einsamkeit am Strom, nur wenige Kilometer von Wien. Von Landschaft und Flora, hier schon östlich, hält ein pußtahafter Bann die Menschen fern, als wollte der ins Unendliche offene Raum nicht gestört werden. Das Wort eines österreichischen Staatsmanns aus dem neunzehnten Jahrhundert lautet: östlich vom Rennweg fängt Asien an. Auch die Industrie scheint zu zögern. Die Unberührtheit der

Gegend wäre archaisch, hätten nicht die Römer Spuren hinterlassen, und hätten nicht die letzten deutschen Dörfer bis an die slowakische und ungarische Grenze sich vorgewagt. Schöne Schlösser wie Niederweiden und Schlosshof, beide in Renovation begriffen, trotzen der geschichtlichen Verlassenheit des Orts. Der Garten des einen ist gegen die Straßenseite abgesperrt, verstreut liegen darin Bruchstücke von Statuen und steinernem Zierat, achtzehntes Jahrhundert als Antike. Von vielen Punkten sieht man die Feste Pressburg, an der die große Straße scharf vorbeibiegt gleich der vor Kafkas Schloß.

und jedes Mal wurde ihm dieser Trost zuteil, denn es ist keine kleine Sache, wenn ein weltkluger Mann wie Herr Adorno mit so viel Liebe und Wärme von der großen Donau und ihrer Landschaft spricht. Groll fand das sogar ziemlich großartig von Herrn Adorno, und er schämte sich der Tränen, die sich manchmal nach der Lektüre dieses wundervollen Textes wie Gelsen nach der Überschwemmung einstellten, nicht. Einmal las er den Text auch dem Donaupiraten vor, und auch der Donaupirat, sonst ein hartgesottener Kerl, mußte ein paar Mal schlucken. Er würde den Herrn



Einer der Orte ist Aspern; blickt er vom Braunsberg über die Auen, fühlt sich der militärisch durchaus Unbegabte wie ein Feldherr, so durchaus scheint das weitgestreckte Terrain den Schlachten zubestimmt, die da immer wieder geschlagen wurden. Zum Dorfnamen Petronell assoziiert man den Petronius, aber auch ein Gewürz, das es gar nicht gibt. Dort, wo die Fischa in die Donau mündet, liegt Fischamend, mit einem berühmten Fischgasthaus, in dem man sich zu Hause fühlt wie nur am Ende der Welt."

In den Tagen nach dem Hochwasser las Groll diese Passage mehrmals täglich, das Buch führte er immer im Netz seines Rollstuhls mit. Er las die Passage, um Trost zu finden angesichts der vom Fluß aufsteigenden Traurigkeit, Adorno gern auf ein Glas Sturm einladen, sagte der Donaupirat dann, und seine Stimme war belegt. Groll versprach, Herrn Adorno die Einladung zu überbringen. Er zweifelte nicht daran, daß er sie annehmen würde.

Erwin Riess, Verfasser der Groll-Kolumnen und anderer Beiträge für die STIMME, erhält den diesjährigen "Würdigungspreis für Literatur" des Landes Niederösterreich. Der mit 10.800 Euro dotierte Preis wird im Rahmen einer Festveranstaltung im Großen Festspielhaus St. Pölten übergeben. Der Autor bekommt den Preis für seine Arbeiten im Bereich Dramatik, erzählende und essayistische Prosa.



ÖSTERREICHISCHE OPFER DER NS-MILITÄRJUSTIZ von Michaela Mavrhofer

Ein sechsköpfiges Team erarbeitet im Rahmen eines Forschungsprojekts die wissenschaftlichen Grundlagen für die Rehabilitierung einer bislang nahezu vergessenen Gruppe: der Opfer der NS-Militärjustiz.

Im Dritten Reich wurden Tausende Menschen von der NS-Militärjustiz wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und Wehrdienstverweigerung verurteilt. Während in Deutschland im Mai dieses Jahres entgültig der Beschluß zu einer kollektiven Rehabilitierung der unter NS-Militäriustiz¹ in diesem Rahmen ergangenen Urteile gefallen ist, gelten Deserteure in Österreich bis heute nicht als NS-(Regime-)Opfer, eine kollektive Rehabilitierung scheint noch weit entfernt. Obwohl nun auch in Österreich die Ansicht Schule macht, daß alle Urteile des nationalsozialistischen Regimes als verbrecherisch einzustufen sind. weil eben das Regime selbst verbrecherisch war und somit auch seine gesetzten Taten², bleibt die Tatsache bestehen, daß bis heute die Opfer der NS-Militärjustiz ge-

sellschaftlich, politisch und versorgungsrechtlich noch immer nicht anerkannt sind.

Beweislast politischer Motive

So lehnte der 1995 für die Auszahlung von Entschädigung von NS-Opfern eingerichtete Österreichische Nationalfonds 24 der bisher von Deserteuren gestellten 25 Anträge ab. Der Österreichische Nationalfonds, der nach Einzelfall prüft, verlangt vom Antragsteller zu beweisen, daß der Desertion politische Motive zugrundelagen. Die größte Schwierigkeit dabei ist, dies heute zu beweisen. Zudem lagen bei den Desertionen die unterschiedlichsten Motivationsgründe vor. wie der Politologe Walter Manoschek betont. Er leitet das Forschungsprojekt "Österreichische Opfer der NS-Militärju-

stiz", das am Institut für Staatswissenschaft und vergleichende Gesellschaftswissenschaften im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur durchgeführt wird, Hintergrund des Projekts war ein Entschlie-Bungsantrag des Nationalrats aus dem Jahre 1999, wo mit den Stimmen aller Parlamentsparteien, mit Ausnahme der FPÖ, beschlossen worden war, "ehestmöglich die historische Aufarbeitung der Verurteilungen von Österreichern durch die nationalsozialistische Militärgerichtsbarkeit (...) zu veranlassen und zu fördern und nach Vorliegen der Forschungsergebnisse für 48/1945 und nach Möglichkeit für die Verständigung der Hinterbliebenen die Herbeiführung von Gerichtsbeschlüssen im Sinne des

§ 4 des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes zu sorgen"3.

Das sechsköpfige Projektteam um Walter Manoschek soll nun die wissenschaftlichen Grundlagen für eine Rehabilitierung dieser bislang nahezu vergessenen NS-Opfer in zweijähriger Projektlaufzeit erarbeiten. Die Spruchpraxis der Militärgerichte wird analysiert und die Zahl der Opfer dieser Justiz in einer Datenbank erfaßt. So konnten bisher über 2500 Österreicher aus deutschen, tschechischen und österreichischen Archiven eruiert werden, die erfolgreich aus der Wehrmacht desertierten oder von Wehrmachtsgerichten wegen anderer Delikte verurteilt worden sind. Ergänzt werden die Archivrecherchen durch Interviews mit Opfern der NS-Militärjustiz, wobei im Zuge der Forschungen vor allem zwei Opfergruppen eruiert werden konnten:

1) Jene, die Opfer politischer Verfolgung gewesen waren, weil ihre Vergehen als Verbrechen gegen die nationalsozialistische "Volksgemeinschaft" interpretiert und dementsprechend hart geahndet wurden. Dazu zählten beispielsweise Landes- und Hochverrat, Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung, Kriegsdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung, die im weiteren Sinn als "politische" Delikte klassifiziert wurden.

2) Jene Personen, die wegen "gewöhnlicher" militärischer Verstöße bzw. "normaler" Delikte, wie z. B. Wachvergehen, Dokumentenfälschung oder Diebstahl verurteilt wurden. Das Delikt Fahnenflucht wurde dabei rund 40 % der Verurteilten zur Last gelegt. Beinahe die Hälfte der ergangenen Urteile wegen Fahnenflucht lauteten auf Tod. Beim Delikt der Kriegsdienstverweigerung wurde die Todesstrafe in 70 % der Fälle verhängt. HistorikerInnen gehen von insgesamt 50.000 verhängten Todesurteilen der NS-Militärjustiz aus; davon mindestens 22.000 Urteile gegen Deserteure und Wehrkraftzersetzer, von denen rund 15.000 vollstreckt wurden. Zum Vergleich haben die USA während des Zweiten Weltkrieges nur ein Todesurteil dieser Art vollstreckt, Großbritannien kein einziges.

"Unpolitische" Militärjustiz?

Nach 1945 gelang es der Militärjustiz teilweise mit großem Erfolg -, sich als unpolitische Instanz darzustellen und auch klarzulegen, daß sie sehr gerecht geurteilt habe. Bereits ausgewertete Daten des Forschungsprojekts zeigen, "daß die Wehrmachtgerichte in bestimmten Bereichen durchaus auch angemessene und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Urteile gefällt haben. Allerdings wurden teilweise auch "gewöhnliche' Straftaten wie z. B. Diebstahl mit unangemessen hohen Strafen belegt. Diese Bandbreite an Urteilssprüchen zeigt, daß die Richter einen großen Spielraum bei der Auslegung der Rechtsnormen hatten, den sie vor allem bei "politischen" Delikten zuungunsten der Angeklagten ausnutzten."4

In Österreich existiert ein aus der Besatzungszeit stammendes, längst in Vergessenheit geratenes Gesetz "über die Aufhebung von Strafurteilen und die Einstellung von Strafverfahren", kurz: das Aufhebungs- und Einstellungsgesetz. Rechtliche Voraussetzung ist hierfür u. a., daß Handlungen gegen die NS-Herrschaft gerichtet gewesen sein mußten, also die politische Motivation im Vordergrund gestanden sein muß. Der ehemalige Justizminister Nikolaus Michalek beantwortet die Anfrage des Abgeordneten zum Nationalrat Andreas Wabl zur NS-Militärjustiz 1999 folgendermaßen:

"Die Kriegsdienstverweigerung und die Desertion wurden im Dritten Reich in aller Regel als Formen der "Zersetzung der Wehrkraft' nach § 5 der genannten Kriegssonderstrafrechtsverordnung betrachtet und sind als solche vom Geltungsbereich des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes umfaßt. Die heute maßgebende Rechtsauffassung geht dabei davon aus, daß sowohl die Kriegsdienstverweigerung als auch die Fahnenflucht (Desertion) angesichts des verbrecherischen Charakters des Krieges und des totalitären Anspruches des Dritten Reiches ,gegen die nationalsozialistische Herrschaft' gerichtete Handlungen waren, auch wenn ihnen im Einzelnen unterschiedliche Motive zugrundelagen (...). Die bisherige Handhabung des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes durch die österreichischen Gerichte steht im Ergebnis damit im Einklang. Die angesprochene Problematik der Aufhebung von Urteilen der NS-Militärjustiz wird daher im wesentlichen von § 1 des Aufhebungsund Einstellungsgesetzes erfaßt."5

Verrat an eigenen Kameraden? Von den 17.3 Millionen Menschen, die in

der Deutschen Wehrmacht dienten, waren 8 % Österreicher. Mindestens 1800 Urteile sind nach Schätzungen gegen österreichische Deserteure ergangen, und davon wurden mindestens 1000 vollstreckt. Wie viele Österreicher nun (erfolgreich) desertiert sind, läßt sich auf Grund der Aktenlage nicht exakt in Zahlen beantworten. Entweder sind diese durch Bombenangriffe zerstört worden, verschollen oder noch durch die Anhänger des Regimes, die Täter, vernichtet worden. So gibt es meist nur Akten über erfolglose Desertionen. Auch gibt es in Österreich6 keine Anlaufstelle für erfolgreiche Deserteure⁷. Denjenigen, welchen die Desertion gelungen war, haftete lange das Stigma der Fahnenflucht an, ein Makel der Unehrenhaftigkeit, des Verrats an den eigenen Kameraden. Selbst heute verlangt es Mut, an die Öffentlichkeit zu treten und zu sagen: "Ja, ich war ein Deserteur."

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand des Forschungsprojektes "Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz" ist auch der gesellschaftliche Umgang mit dieser Opfergruppe nach 1945. So wird etwa untersucht, ob materielle Entschädigungsleistungen ausbezahlt worden

"Radio Stimme" - Die Sendung der **Initiative Minderheiten**

Seit mittlerweile mehr als vier Jahren ist Radio Stimme, das auditive Pendant der Zeitschrift STIMME von und für Minderheiten jeden zweiten Dienstag im Raum Wien zu hören. Auf der Frequenz von Orange 94.0, dem freien und nichtkommerziellen Radio in Wien, bringt Radio Stimme regelmäßig Beiträge rund um das Thema "Minderheiten in Österreich". Ziel der Sendung - analog dem Ziel der Initiative Minderheiten - ist es, durch gezielte Informationen und durch den Dialog von Minderheiten und Mehrheit einen Beitrag zur Ausformung einer minderheitengerechten Gesellschaft zu leisten. Entscheidend ist, daß hierbei ein emanzipatorischer Ansatz gewählt wurde, bei dem nicht lediglich über Minderheiten und deren Anliegen wie Forderungen berichtet wird, sondern diese möglichst selbst zu Wort kommen.

Radio Stimme, hören Sie sich das an!

sind. Dies ist angesichts der von der noch ietzigen Regierung beschlossenen Rentenzahlungen für österreichische Wehrmachtsangehörige, die in Kriegsgefangenschaft geraten sind, von erheblicher vergangenheitspolitischer Rele-

> Michaela Mayrhofer ist "Radio Stimme"-Mitarbeiterin.

Diese Nachlese basiert auf der "Radio Stimme"-Sendung vom 21. Mai 2002 (gesendet auf Orange 94.0).

- Der Deutsche Bundestag verabschiedete eine einmalige Entschädigung von 7.500 DM. Opfer der NS-Militäriustiz können möglicherweise auch eine laufende Rente erhalten.
- ² Nebenbei war erstmalig 1997 das Urteil eines Militärgerichts aufgehoben worden.
- ³ Entschließung des Nationalrates (14. Juli 1999): Aufarbeitung der Vergangenheit, aber keine kollektive Rehabilitierung. Unter: http://www.parlinkom.gv.at/v-klub/info/ki90-xx.htm.
- 4 Manoschek, Walter / Fritsche Maria (4. März 2002): Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz. Unter: http://www.univie.ac.at/dieuniversitaet/index2.htm?/dieuniversitaet/2002/scien ce/10000784.htm.
- ⁵ Anfragebeantwortung 5377/AB XX.GP. Unter: http://www.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/AB/te xte/053/AB05377_.html
- ⁶ In Deutschland gibt es z. B. die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.
- 7 Das Forschungsteam kann also nicht auf Vereinigungen, wie eben in Deutschland, zurückgreifen, da es diese in Österreich nicht gibt. Eine Datenbank muß von Null auf erstellt werden

EXTRAPLATTE IST 25!

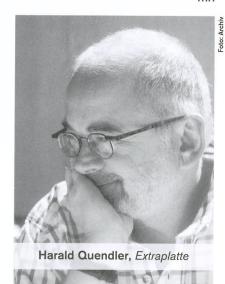
Im Jahre 1977 gründeten MusikerInnen aus der Folk-Szene ein Independent-Label mit dem klingenden Namen Extraplatte – ein Label, das dem Inhalt seines Namens in den nächsten 25 Jahren nicht nur treu blieb (und auch die Ablösung der LP durch die CD überlebte), sondern auch die Bedeutung des "Extra" vom ursprünglichen "am Rande" zum heutigen "Besonderen" weitergeführt hat. Und diese Bedeutungsverschiebung ist mit dem Namen Harald Quendler verbunden.

Quendler, ein gelernter Maßschneider, übernahm 1979 das Herzstück, den Vertrieb, der Extraplatte. Damals gab es ganze sechs Titel zum Verkauf anzubieten; darunter Erstlinge nicht nur von Gruppen, sondern auch von gerade entstehenden Stilrichtungen: So etwa die "Aufsässigen Volkslieder aus Österreich" von der Folk-Gruppe Der Dreschflegel oder der Live-Mitschnitt von "Ein Abend mit Lukas Resetarits". Zwei Jahre und einige Titel später ist Quendler der selbständige Extraplatte-Betreiber, der die besten Produkte von in Österreich allmäh-

lich pulsierenden Folk-, Jazz- und Kleinkunst-Szenen mit dem Kürzel EX sowie seinem Kreissäge-Logo versieht und gleichsam viele Newcomer dazu bewegt. sich mittels Aufnahmen über die Grenzen des lokalen Live-Betriebs hinweg Gehör zu verschaffen. Alles, was in Österreich künstlerischen Namen und Rang sowie hohe Qualität besaß und besitzt, findet sich in den Katalogen der Extraplatte wieder: Vienna Art Orchestra, Liederlich Spielleut, Lakis & Achwach, Bruji, Wiener Tschuschenkapelle, Lena Rothstein & Ensemble, Wolfgang Puschnig, Otto Lechner, Maria Bill, Alegre Corrêa und viele andere mehr ...

Im Laufe der Zeit beschränkt sich der Vertrieb nicht auf hiesige Produkte; alle hörbaren Projekte weltweit, die dem Attribut "extra" gerecht werden können, nahm Quendler in sein Sortiment auf, das bereits rund 20.000 Titel beinhaltet. Umgekehrt umfaßt sein Export-Netzwerk für österreichische Titel mittlerweile auch den ganzen Globus. Ein eigener Plattenladen in Wien repräsentiert die innovative Arbeit des Anbieters.

Ja, es gibt keine Platten mehr, jedenfalls keine, die wir hier rezensieren können. Wir sind froh, daß es die Extraplatten hierzulande gibt, dank des Geburtstagskindes und dank Quendler.



AUSZEICHNUNG FÜR JAKLIN FREIGANG

Am 11. Oktober 2002 wurde Jaklin Freigang mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien geehrt. Freigang ist seit den 70er Jahren in der integrativen Arbeit für Migrantlnnen als Expertin tätig und gilt als eine Pionierin in diesem Bereich. Sie initiierte und leitete mehrere Projekte, befaßte sich wissenschaftlich mit

Fragen der Migration und Integration, unterrichtete an der Sozialakademie in Wien und war zuletzt pädagogische Leiterin für multikulturelle Arbeit der Jugendzentren der Stadt Wien.

Die Überreichung des Ehrenzeichens erfolgte im Wiener Rathaus durch die Hand der Integrationsstadträtin Renate Brauner. Jaklin Freigang betonte in ihrer Rede die politische Bedeutung einer solchen Anerkennung, zumal die integrative Arbeit – vor allem seitens der Politik – jahrelang als eine Beschäftigung für "idealistische Gutmenschen" vernachlässigt worden sei.

rec

LEBENSZEICHEN 2003



Der neue Kalender der Gesellschaft für bedrohte Völker, LEBENSZEICHEN 2003, erschien diesmal unter dem Motto "Erziehen zum Sein" und befaßt sich anhand von 14 Farbbildern und kritischen Texten mit dem Thema "Erziehung und Bildung bei bedrohten Völkern weltweit". Querschnitte aus der Situation der Frauen in Afghanistan, der Lage der StadtindianerInnen in Panama oder der Schulsituation der Roma in Osteuropa werden darin ebenso vermittelt wie künstlerische Eindrücke von renommierten Fotografinnen.

LEBENSZEICHEN 2003 ist (um € 16,50 + € 3,30 Versandspesen) erhältlich bei:

Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich, Untere Viaduktg. 53/7a, 1030 Wien Tel.: (01) 503 13 36 oder 503 49 90 e-mail: gfbv.austria@chello.at red

ZWISCHEN DEN WELTEN MUSIKALISCHE UND ANDERE BEGEGNUNGEN

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe im Oktober 2002 stellte die Initiative Minderheiten ethnische und andere musikalische Grenzen in Frage.

Mit drei Musikveranstaltungen an unterschiedlichen Orten thematisierte Kuratorin Ursula Hemetek, Musikwissenschafterin und Obfrau der Initiative Minderheiten, die Beziehungen zwischen den Kulturen und zwischen den verschiedenen musikalischen Stilrichtungen. Die Veranstaltungsreihe basierte auf vorliegenden Forschungsergebnissen der Ethnomusikologie (vgl. etwa die Rezension von Ursula Hemetek: Mosaik der Klänge in der STIMME Nr. 42 / I 2002), war aber dennoch nicht als Bildungsvermittlung gedacht, sondern als vielmehr sinnlicher Zugang zu scheinbar "fremden" musikalischen Welten.

Musikalische Originalvorlagen und ihre Bearbeitungen waren das Thema des ersten Abends im Haydn-Konservatorium in Eisenstadt am 10. Oktober. Traditioneller Musik von ethnischen Minderheiten (vorgetragen von Olcay Yarayıcı und Gürkan Hüseyin Abalı, Ševko Pekmezović und dem Ensemble Klesmer Wien) wurden "Cover-Versionen" zeitgenössischer Komponisten gegenüber-

gestellt, die vom Vocalensemble Bosporus und dem Austrian Art Ensemble interpretiert wurden. An diesem Abend wurde anschaulich demonstriert, daß es zwischen Volks- und zeitgenössischer Musik mehr Berührungspunkte gibt, als gemeinhin angenommen wird.

Um den Begriff "Heimat" ging es in den beiden anderen Veranstaltungen in St. Michael ob Bleiburg / Šmihel nad Pliberkom (Kärnten) am 12. Oktober und im Burgenländisch-kroatischen Zentrum (Wien) am 16. Oktober. Heimat, ein wichtiger Begriff in der Minderheitenmusik, wurde kritisch hinterfragt anhand der Texte von Jani Oswald, Fred Hergovich und musikalisch vom Chor des Klubs slowenischer StudentInnen (Wien), von Ševko Pekmezović und Mandys Mischpoche behandelt.

Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die Veranstaltungen auch in die Bundesländer getragen wurden, fand das Konzept einen breiten Anklang bei einem begeisterten Publikum.

red



IM SÜDOSTEN ETWAS NEUES

Der diesjährige "Kontext Europa", das Festival des "Theaters des Augenblicks", zeigte in Wien vom 9. bis 27. Oktober 2002 künstlerische Impulse aus Südosteuropa.

Zum dritten Mal fand im Oktober 2002 das vom Wiener Theater des Augenblicks ins Leben gerufene Festival "Kontext Europa" statt. Nach Ost- und Nordeuropa in den letzten beiden Jahren war der diesjährige thematische Schwerpunkt den künstlerischen Impulsen aus Südosteuropa gewidmet. Gerade aufgrund der besonderen Umstände, denen das Kulturschaffen in diesen Breitengraden unterliegt, waren das Festivalprogramm und die Präsentationsformen heuer auch anders konzipiert. "Mein Anliegen ist die Inszenierung einer verkehrten Welt", schreibt Gül Gürses, künstlerische Leiterin des Theaters des Augenblicks und Festivaldirektorin, im anspruchsvoll gestalteten Programmheft. Die Wahl ungewöhnlicher Schauplätze abseits der für die "Repräsentationskunst" bestimmten Orte sowie umgekehrt die Umfunktionierung dieser Kunstorte in Wohnräume sollten, so Gül Gürses, sowohl mit bestehenden Sichtweisen brechen helfen, als auch dem Kunstschaffen in den Balkanländern gerecht werden.

Tatsächlich besteht die Schwierigkeit, sich dem Kulturleben auf dem Balkan anzunähern, heute mehr denn je, zumal dieses Gebiet politisch, historisch und geographisch schwer zu definieren ist. Hinzu kommen die Klischees, mit denen dieser Raum seit dem Ende des 19. Jahrhunderts belegt wird und zu denen sich durch die vielen "Jugoslawien-Kriege" in den 1990er Jahren neue gesellt haben. Weiteres Problem: Natürlich haben sich in diesen schrecklichen Jahren die meisten KünstlerInnen geweigert, als willfährige HelferInnen nationalistischer und kriegerischer Politik zu fungieren; aber nicht jede/r Künstlerln hat auch auf iene Weise Widerstand geleistet, wie ihn die "westliche Welt" gern gesehen hätte: appellativ und agitativ. Doch brachten die politischen Ereignisse des letzten Jahrzehnts, gepaart mit historischen und sozialen Besonderheiten des Balkans, eine ganze Reihe von innovativen wie durchwegs politischen Kunstprojekten, unterschiedlichen künstlerischen Sprachen und Präsentationsformen hervor, wie im Rahmen des "Kontext Europa" zu sehen und zu hören war. Neben den "performing arts"-Produktionen wie "The Dracula Project" aus der BR Jugoslawien oder "Kalea" des in Deutschland beheimateten Roma-Theaters Pralipe machten Viedo-Installationen, Filme und andere "visual arts"-Arbeiten deutlich, daß im Südosten etwas Neues im Gange ist. Abgerundet wurde das Festival durch Diskussionsveranstaltungen, "artist's portraits" und eine Präsenzbibliothek mit Büchern in mehreren Sprachen. (Einen ausführlichen Bericht über "Kontext Europa" bringen wir in der nächsten STIMME-Ausgabe.)

m



BEGLEITERIN DURCH EINE STADT DER FRAUEN

Traude Bührmann (Hg.): Lesbisches Berlin. Die Stadtbegleiterin

Zweite aktualisierte und überarbeitete Auflage Orlanda Verlag: Berlin 2002; 280 Seiten, € 15,50

Der Sommer ist bereits vorbei. Doch ein Besuch in Berlin lohnt sich allemal. Und gerade jetzt, da die aktualisierte Auflage des sehr schön gestalteten Buches wieder durch die Wirren der Stadt lenkt und fast allen Bedürfnissen jener gerecht wird, die sich für das "lesbische Berlin" interessieren.

"I am enjoying the lesbian scene in Berlin in all its variations ..." steht darin geschrieben. Und in der Tat, ob Cafés, Bars, Kneipen, ob Musik, Tanz und Kunst, ob Museen und Archive, Filmevents und wirklich vieles mehr: Berlin entpuppt sich zwar nicht mehr in der Fülle der historisch bekannten Salonzeiten, aber doch als eine Stadt für Frauen, die sich jeden Tag und jede Nacht vergnügen können. Auch jene, die ihre Zeit Ernsthafterem widmen wollen, kommen nicht zu kurz: Vereine, Arbeitsgruppen, Beratungsstellen, Buchhandlungen u. a. verraten die hiesige Aktivität

von Frauen in Projekten. Zu wenig berücksichtigt ist der feministisch-wissenschaftliche Bereich, doch bieten die angeführten Adressen die Möglichkeit, sich selbst genauer zu informieren. Über die Aktivität in Frauenproiekten schreibt die Herausgeberin Traude Bührmann: "Was die Frauenprojekte anbelangt, ist die lesbische Präsenz nicht immer offensichtlich (...)", und anders als in den Projekten der 1970er Jahre in West-Berlin richten sich "die in Ost-Berlin entstandenen Frauenzentren der 1990er an ein allgemeines Frauenpublikum, zusätzlich werden Lesbentage, Lesbengruppen und Lesbenveranstaltungen angeboten".

Die im Buch Lesbisches Berlin ausgewählten Bezirke, in denen angepriesene Stadtrundgänge die Herzen erfreuen, zeigen denn auch die Verschiebung frauenspezifischer Orte und Initiativen "von West nach Ost". Was hier wohl örtlich gemeint ist, zeigt sich in einigen informativen Artikeln als de facto-Unterschied zwischen dem Leben von Lesben in der ehemaligen DDR und der BRD, aber auch zwischen verschiedensten Existenzweisen von Frauen in der ietzigen BRD selbst. Verraten wird hier Inhaltliches nicht: Das Lesbische Berlin bietet eben nicht nur einen Adressenkatalog, sondern einige interessante Beiträge, die selbst zu lesen sich lohnt. Was den aufgenommenen Adressenkatalog anbelangt, so ist er für Besucherinnen etwas umständlich: Ein alphabetisches Verzeichnis aller Initiativen und Projekte u. a. wäre ebenso nützlich wie ein Abkürzungsverzeichnis, das Ortsunkundigen verrät, worum es sich jeweils

Insgesamt ein sehr gelungenes Buch und für Besucherinnen Berlins empfehlenswert

Gudrun Perko

IM TIEFEN WALD DER GESCHICHTE

Karl-Markus Gauß: Die sterbenden Europäer

dtv: München 2002; 235 Seiten, € 9,50

"So klein kann eine Minderheit gar nicht sein, daß eine Mehrheit, der es danach gelüstet, einen inneren Feind zu haben, diese nicht zur nationalen Gefahr erklären würde, vor der man sich schützen müsse." Diesen Satz will ich der Rezension von *Die sterbenden Europäer* voranstellen, weil er über jedem der fünf Essay des Buches, die von verschiedenen europäischen Minderheiten erzählen, schwebt. Tatsächlich ist der Begriff Minderheit doch eine Erfindung des Nationalstaates.

In diesen Aufsätzen, die gleichzeitig Reiseberichte, Landschaftsbeschreibungen, Menschenporträts, historische Berichte und philosophisch-kulturelle Reflexionen beinhalten, widmet sich der Autor vom Aussterben bedrohten Minderheiten im Herzen Europas. In jedem einzelnen Beitrag werden die gleichen Fragen aufgeworfen: Wie gehen die einzelnen Minderheiten mit ihrer Geschichte und Sprache um? Wie stark sind sie dem staatlichen Assimilationsdruck unterworfen? Wie ist das Verhältnis zu ihren – falls vorhandenen – Schutzmächten?

Das Wesen des Buches ist, daß sich der Autor nicht zwischen den politischen Anliegen, die er oft in poetische Sprache faßt, und den literarischen Schilderungen entscheiden kann. Wer sich ein vollständiges Bild über die Sefarden Sarajewos, die Gottscheer Sloweniens, die Abereshe Kalabriens, die Sorben Deutschlands oder die Aromunen Mazedoniens erwartet, wird von dieser Lektüre enttäuscht werden.

In dem Essay über die Sefarden Sarajewos spielen diese eigentlich nur eine kleinere Rolle, es wird – gleichsam im Plauderton – über die Entstehung und das Ende des Staates Jugoslawien geschrieben. Geschichtliches spielt auch in dem von Gottscheer Deutschen in Slowenien handelnden Aufsatz "Im tiefen Wald der Geschichte" eine gewichtige Rolle. Die Schilderungen darin gehören wohl zu den literarisch bewegendsten Verflechtungen von Mensch, Natur und Vergangenheit, die man in diesem Buch findet.

Die Abereshe in Süditalien hingegen sind zahlenmäßig eine viel mächtigere Minderheit, die sich allerdings auch am stärksten assimiliert und auch für die Einigung Italiens gekämpft hat. Hier läßt Gauß die Lebenswirklichkeit und die ewige Sehnsucht dieses Volkes nach ihrer mythologischen Urheimat Albanien aufeinanderprallen. Mit liebevoller Beobachtungsschärfe nimmt er sich der Abereshe an, deren VertreterInnen dem Leser dadurch sofort ans Herz wachsen. Dagegen nimmt sich die Schilderung der Sorben eher oberflächlich aus. Doch dann kommen Sätze wie: "Indem die Minderheit immer nur bewahren zu müssen glaubt, was von alten Zeiten auf sie gekommen ist, vermag sie zwar ihren Zusammenhalt zu festigen, doch bleibt sie dadurch auch in einem lähmenden Konservativismus gefangen", die punktgenau das Dilemma dieser Volksgruppe erfassen. Gerade dieses Verständnis geht dem Autor aber im letzten Essay "Die ver-



schwundene Nation – Die Aromunen Mazedoniens" ab: Eine Minderheit, die sich hauptsächlich aus Geschäftsleuten konstituiert und auf deren Versammlungen die Jugendlichen statt Trachten legere Kleidung anziehen, paßt wohl doch nicht so ins Weltbild des Salzburger Essayisten.

Das ist wohl auch der einzige Punkt, den man diesen ansonsten sehr stimmigen Geschichten anzulasten vermag: Alle Eindrücke werden in ein geschichtlich-kulturelles Korsett gepreßt und so verständlichverdaulich gemacht. Wenn sich beispielsweise die Alten der sefardischen Gemeinde in Sarajewo perfekt angekleidet zur Unterhaltung in der Synagoge treffen, dann sind ihre Kleidung und ihre Sitzhaltung für den Erzähler gleich Indizien dafür, daß sie sich ständig dafür rüsten, gleich wieder zu fliehen.

Weniger wäre mehr gewesen.

Walter Kollmann

BORNIERTER VERSUCH DER WIEDERGEWINNUNG DES POLITISCHEN

Wolfgang Eismann (Hg.): Rechtspopulismus Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Czernin Verlag: Wien 2001, 272 Seiten, € 21,-

Im Institut für Deutsche Sprache in Mannheim, das eine der größten Textsammlungen der geschriebenen Sprache betreut, taucht das Wort "Populismus" im Jahr 1985 zum ersten Mal auf. Seither wächst die Zahl der Eintragungen mit jedem Jahr. In der Politikwissenschaft allerdings kennt man den Begriff schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, als in den USA eine ständische Vertretung von Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden unter dem Etikett "populism" von sich reden machte. Auch im 20. Jahrhundert tauchte der Begriff auf: der Peronismus in Argentinien, der kleinbürgerlich-radikale Poujadismus in Frankreich (Le Pen verbrachte dort politische Lehrjahre) oder die Bewegung des dänischen Steuerverweigerers Glystrup - allesamt segelten sie unter der Flagge des Populismus, und allesamt hinterließen sie keine bleibenden Spuren. Wie kam es, daß sich aus dieser peripheren Erscheinung ein soziopolitisches Phänomen entwickelte, welches mehr und mehr das politische Antlitz Europas prägt? Wie lassen sich die spektakulären Wahlerfolge populistischer Parteien, ihr Einzug in Parlamente und Regierungen, verstehen?

Um diese Fragen zu klären, lud die Karl-Franzens-Universität Graz Wissenschafterinnen und Wissenschafter aus dem In- und Ausland zu einem Symposion über das Phänomen des Rechtspopulismus. Die überarbeiteten Referate liegen nun in gesammelter Form vor und umfassen Beiträge über west- und osteuropäische Staaten. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Rolle von Frauen in populistischen Bewegungen und dem Ausmaß der Minderheitenphobie in Europa.

Die einzelnen rechtspopulistischen Gruppen und Parteien weisen durchaus unterschiedliche lokale Ausprägungen auf. Manche, wie die italienische Alleanza Nationale, stehen in der Tradition ihrer historischen Vorgängerparteien, andere wiederum, wie die Bewegung Pim Fortuyn, setzen quasi voraussetzungslos zum Sprung auf die politischen Kommandohöhen an. Wiederum andere verbinden die historische Kontinuität mit neuen Politikformen zu einem eigenartigen Amalgam. So die FPÖ, deren Integrationsleistung von Klientels an den entgegengesetzten Enden der gesellschaftlichen Pyramide so weit gediehen ist, daß von einem neuartigen, quasi volksgemeinschaftlichen Parteientypus gesprochen werden muß. Was nach außen als Melange widersprüchlicher Politiktraditionen erscheint, folgt also einer inneren Logik. Wer den Anspruch erhebt, sowohl wohlhabende als auch unterprivilegierte Gruppen zu vertreten, kann dies nur unter Inkaufnahme von schweren Inkongruenzen. Die Flucht in die Projektion von Außen- und Innenfeinden und die damit einhergehende Hysterisierung von Politik sind dann zwanghaft. Die FPÖ ist hier Vorreiter; seit einem Jahrzehnt ist sie in der Lage, jederzeit den politischen Hysterisierungsmotor anzuwerfen. Es ist kein Zufall, daß die FPÖ von den Autoren als Europas bedeutendste rechtspopulistische Partei an der Macht als Modell für eine neue Qualität von Rechtspopulismus diskutiert wird.

So unterschiedlich die historischen Wurzeln rechtspopulistischer Parteien auch sein mögen, in ihrer Politikausübung ähneln sie einander aufs Haar. Allesamt betreiben sie dieselbe Spielart von Psychopolitik, Folgerichtig subsumiert der Herausgeber des Sammelbands, Wolfgang Eismann, die verschiedenen Erklärungsversuche für den Rechtspopulismus unter ein Ensemble bekannter Elemente: der Appell an eine kollektive Identität, die mit der Ausgrenzung alles Fremden bis hin zu offenem Chauvinismus und Rassismus einhergeht; die Simplifizierung gesellschaftlicher Prozesse; der Anti-Intellektualismus; die Übertreibung von gesellschaftlichen Risken sowie die irrationale Überhöhung der Führerpersönlichkeit, die unter dem weitgehenden Ausschluß demokratischer Verfahren die Lösung der Welträtsel übernehmen wird.

Wie aus den Beiträgen über Rußland, der Slowakei und Serbien hervorgeht, ist der populistische Virus auch in Osteuropa heimisch geworden. Oftmals als Linkspopulismus abgehandelt, unterscheidet er sich jedoch in keinem grundlegenden Element vom sogenannten Rechtspopulismus. Der Populismus der Meciar-Partei, der tschechischen Sozialdemokratie oder von Putins Sammlungsbewegung kann mit derselben Berechtigung als Rechts-wie Linkspopulismus tituliert werden. Fest steht: Was populistisch beginnt, endet immer mit der Entmündigung und Verhetzung der Klientel.

An der Erkenntnis, daß der Aufstieg populistischer Parteien mit dem Abstieg der Politik einhergeht, führt seit Rudolf Burgers Arbeiten über die Zivilgesellschaft kein Weg vorbei. Es scheint tatsächlich so zu sein, daß nach Wissenschaft und Kunst die Söldner der Kulturindustrie eine weitere Festung der bürgerlichen Gesellschaft sturmreif schießen: die Politik. Nun kann aber der Widerstand gegen die Kulturindustrie auch nur in kulturindustrieller Form auftreten. Insofern ist der Populismus auch als ein bornierter Versuch der Wiedergewinnung des Politischen, das heißt, des Kampfs um eine ideale Gleichheit, zu begreifen, wie Hans-Georg Zilian vorschlägt. Das macht eben das Reaktionäre, aber auch die Attraktivität jeglichen Populismus aus: Er denkt die Welt in abgelaufenen Epochen, dies aber in moderner Form.

Dem Czernin Verlag ist mit diesem Buch ein wichtiger Beitrag zur Begriffsklärung und zum Verständnis jener politischen Strömung gelungen, die mit dem Begriff Rechtspopulismus so unvollkommen bezeichnet wird.

Erwin Riess



LEBENDIGES DENKMAL DER SPRACHE VON SEFARDEN

Armin Eidherr (Hg.): Los kaminos s'incheron de arena / Sandverwehte Wege / Kumların Örttüğü Yollar

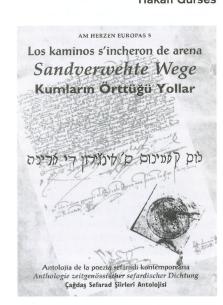
Anthologie zeitgenössischer sefardischer Dichtung (Band 5 der Reihe "Am Herzen Europas", Lyrik der Wenigerheiten) EYE - Verlag für Literatur der Wenigerheiten: Landeck 2002; 180 Seiten, € 18,10

> "Sefarad" bezeichnte im Hebräischen des Alten Testaments ein unbestimmtes Exilland, das später mit Spanien gleichgesetzt wurde; und "Sefardim" (eingedeutscht: die Sefarden) wurden die jüdischen BewohnerInnen Spaniens genannt, die im Jahre 1492, im Zuge der "Reconquista", aus Spanien vertrieben wurden. Die Sefardim suchten Zuflucht in allen möglichen Ländern; Aufnahme fanden die meisten von ihnen im damaligen Osmanischen Reich. Die Sprache der spanischen Jüdinnen und Juden, zunächst das damalige Kastilisch-Spanisch, versetzt mit hebräischen und arabischen Ausdrücken, vermischte sich in ihrem neuen Zuhause mit Türkisch, Griechisch, Italienisch, Bulgarisch und anderen Lokalsprachen. In dieser Sprache, "Judeo-Espanyol" (auch Djudezmo genannt), fand Jahrhunderte lang nicht nur die Kommunikation zwischen den Sefarden auf der ganzen Welt statt; in Judeo-Espanyol wurden Volkslieder und Romanzen gesungen, Erzählungen und Märchen zum Besten gegeben, Zeitungen und Bücher publiziert (die Liturgie wurde zumeist in Ladino, der schriftlichen Version des ursprünglichen Judeo-Espanyol, abgehalten)

> Wie jede Minderheitensprache sah sich auch die sefardische Sprache vom aufsteigenden Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts bedroht. In der neugegründeten Türkischen Republik setzte sich zwar die staatliche Toleranzpolitik der Osmanen gegenüber den Jüdinnen und Juden fort, durch die Einführung des einheitlich in Türkisch abzuhaltenden Unterrichts in den dreißiger Jahren zog sich aber das Djudezmo großteils in den Bereich des Privatgebrauchs zurück – was in der Regel das langfristige Aussterben der Sprache bedeutet.

Daß aber die Sprache der Sefardim trotz aller Gefahren durch die Moderne nicht ausgestorben ist, beweist die vorliegende dreisprachige (judeo-espanyol, türkisch und deutsch) Anthologie. Neben der Lyrik zeitgenössischer AutorInnen enthält der Band auch eine Reihe von Texten über Geschichte, Eigenschaften, Variationen und Gebrauchsfacetten des Judeo-Espanyol. Der Titel ist eine Anleihe bei dem bekannten Volkslied "Los kaminos de Sirkedji" (Die Straßen von Sirkeci, einem Istanbuler Viertel). In der Tat erweisen sich die Wege dieser Minderheitensprache als "sandverweht": Sand der Geschichte, Sand der erlebten Repressionen, Sand des Vergessens - aber auch "Sand" des aktiven Erinnerns, lesen sich die darin versammelten Gedichte allesamt als neue Spuren auf verdeckten Wegen einer nahezu 2000 Jahre alten Sprache. "Arvoles yoran por luvyas / I montan-yas por ayres (...) Torno i digo ke va ser de mi / En tyerras ajenas vo me vo morir" (Die Bäume weinen durch den Regen / Die Berge durch die Winde (...) Ich komm' zurück und sage, was aus mir wird / In fremden Ländern werde ich sterben), heißt es in einer alten sefardischen Romanze. Wie ähnlich und zugleich "modern" klingen die Zeilen aus dem Gedicht "El pozo de Toledo" (Der Brunnen von Toledo) von Beki L. Bahar, einer Dichterin und Übersetzerin des Jahrgangs 1927: "Amargo es el pozo / En medyo la djuderia / Desde el diya / Ke Rahella / En su agonia / Verso lagrimas / Enflamadas i amargas (...)" (Bitter ist das Wasser des Brunnens / Mitten im Viertel der Juden / Seit dem Tag / An dem Rachel / In ihrer tiefsten Pein / Tränen vergoß / - Heiße und bittere -).

Gerald K. Nitsche, Herausgeber mehrerer Bücher mit der Literatur der "Wenigerheiten", Initiative Minderheiten-Mitarbeiter der ersten Stunde und Autor von den "Briefen nach Istanbul" in der STIMME, setzt in seinem Verlag EYE seit einigen Jahren den vom Aussterben bedrohten Minderheiten-Sprachen lebendige Denkmäler. In Armin Eidherr hat er nicht nur einen kongenialen Herausgeber (auch anderer Bücher), sondern auch einen einfühlsamen Übersetzer gefunden, Apropos: Die Texte sind vor allem von Beki A. Bardavid und der erwähnten Beki L. Bahar so gekonnt auch ins Türkische übertragen, daß die Dreisprachigkeit der Anthologie eine literarisch-ästhetische Funktion jenseits des Multikulturalitätszwangs erhält. Ein Buch, das - auch nach Weihnachten ohne zu zögern geschenkt werden kann. Hakan Gürses



stimme@chello.at

Ein E-Mail macht Sie zur Abonnentin der Stimme Ein E-Mail macht Sie zum Abonnenten der Stimme www.initiative.minderheiten.at

Sie können auch Mitglied der Initiative Minderheiten werden Besuchen Sie unsere Website

IM OKTOBER 2002

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn diese Minderheit im Innerern wieder in Mehrheit und Minderheit zerfällt - und man nicht einmal mehr sagen kann, wer von den Unseren zu welcher Gruppe gehört; der Chef und vielleicht auch sein Double im Bärenthaler Untergrund verschwunden sind; der Chef auch intern nicht mehr unangefochten der Chef ist, beziehungsweise auf die Wahlniederlage wartet, um dann wieder als Chef und Sisyphus der Partei den Stein erneut nach oben zu rollen, was aber nach Fremdwörterlexikon eine vergebliche Arbeit ist; der Hojac, der ihm in den Rücken gefallen ist, als zukünftiger Stronach-Hintersasse und Bundesliga-Chef mir sogar den Weg auf den Fußballplatz verdirbt; der Industrieführer Prinzhorn die Linie vorgibt. Und nur die Susi ihrem Metier treu bleibt - sie wird einen Job in der Glücksspielbranche antreten.

Ein echtes Scheiß-Jahr war das heuer, und ich weiß nicht einmal genau, wie das alles so gekommen ist. Begonnen hat es, galub' ich, daß der Kamerad Gaugg einen Sondervertrag bei der PVA gewollt hat und deswegen von der linkslinken Medienmeute in Kärnten von Sommerfest zu Sommerfest gehetzt worden ist. Dabei hat man ihm gegen seinen Willen Alkohol eingeflößt und ihn immer wieder zu einem weiteren Stamperl genötigt. Als er dann sein letztes "Pfiat di Gott!-Lackerl!" gesagt hat und nach Hause gefahren ist, ist er von einem neidischen Taxler, weil dem eine Fuhre entgangen ist, angezeigt und von Organen angehalten worden. Zu Recht hat der Kamerad Gaugg den Alkotest verweigert - er wollte halt kein Röhrl in die Nähe seines Mundes lassen, in dem vielleicht Rest-Alkohol war. Vom vorigen Lenker - kein Wunder bei den Sparmaßnahmen der Exekutive.

Das besonders Schlimme: Da hat es sofort Gerüchte gegeben, daß der anzeigende Taxler einer der Unseren war und vielleicht im Auftrag der Anti-Kärntner Mafia aus Wien gehandelt hat. Vielleicht steckt ja der Grasser dahinter, der hat ja schon als Kind, wie der Chef aufgedeckt hat, in goldene Nachttöpfe geschissen und weiß nicht, was Armut ist. So einer mißgönnt ja einem aufstiegsbereiten Arbeiterführer wie dem Gaugg alles – vom größten Schreibtisch bis zum Sondervertrag.

Da war wieder ein Riesengeschrei, der Kamerad Gaugg kann das Buchstabieren neu üben mit dem Wort "Führerschein", und er wollte eh gleich zurücktreten, aber er hat in der Geschwindigkeit nicht genau gewußt, auf wen. So geschockt war er, daß er dann einen Genesungsurlaub in Miami antreten mußte. Nicht einmal die Tickets konnte er sich selbst lösen, so kaputt war er. Da mußte die Vizekanzlerin ihre segensreiche Tätigkeit für den heimischen Sport unterbrechen und ihm das Zeug besorgen. Seither hab' ich fast nichts mehr von ihm gehört. So hetzt die linkslinke Jagdgesellschaft unsere aufstrebenden Talente.

Dann kam noch das Hochwasser ins Sommerloch. Das war aber im Regierungsprogramm gar nicht vorgesehen – im Gegenteil. Immerhin hat ja der schwarze Klubobmann Khol (ist er noch Freund oder schon wieder Feind?) von einem Marsch durch die Wüste Gobi gesprochen, da war keine Rede von Überschwemmung. Daraufhin haben die Schwarzen die Steuerreform abgesagt, und als der Chef mit den Worten "Wegen dem bisserl Regen darf man sie nicht verschieben!" dagegen protestiert hat, sind sie alle über ihn hergefallen.

"Wenn alles a Schaaß is, dann frag die Basis!" hat sich der Kamerad Stadler gedacht und seinesgleichen nach Knittelfeld in der Steiermark eingeladen. Da war wieder ein Negeraufstand im Land. Na hätten wir vielleicht nach Zeltweg fahren sollen, wo immer die Roten gewinnen? Oder gar nach Judenburg? Nicht mit uns! Wir waren immerhin 400, also sozusagen die Bolschewiki, während die Susi im Burgenland bei zwölf Pensionistinnen herumgesessen ist. Dann hat sie die Nerven weggeschmissen, weil in Knittelfeld einer einen Zettel zerrissen hat, und ist zurückgetreten, mit dem Millionärsbubi und dem Hojac. Da lob' ich mir den Scheibner und den Reichhold. Die sind von ihrem Amtssessel aufgestanden, einmal um das Sitzmöbel herumgegangen und haben sich gleich wieder darauf niedergelassen. Bitte, ich war ja immer dagegen, daß der Chef zurücktritt und die Partei einer Frau überläßt

Während der Schüssel Neuwahlen ausgerufen hat, haben wir erst eine neue Parteiführung wählen müssen. Und da geört jetzt auch die Magda Bleckmann dazu, was mich ganz besonders freut. Weil ich hab ja auch einen Bankräuber in der Familie, und wenn das ein wichtiges Qualifikationsmerkmal ist, mach ich vielleicht auch noch Karriere in der Partei. Offiziell ist jetzt der Reichhold, der

seinen Herzschlag zählt, Parteiobmann, aber die Fäden im Hintergrund zieht der Kronprinzhorn. Wahrscheinlich hat er noch ein paar Haberer, denen er einen staatlichen Spitzenjob verschaffen muß.

Und dann ist noch der Chef in Klagenfurt von einem Agenten der Abfangjägerlobby persönlich bedroht worden. Er soll seinen Widerstand gegen die Kriegsgeräte aufgeben und gut auf seine Familie aufpassen, hat der Kerl gesagt. Da war der Chef so erschüttert, daß er sich davon ein ganzes Wochenende erholen mußte, bevor er zur Polizei gegangen ist und der das alles erzählt hat. Wenigstens konnte er den Erpresser genau beschreiben, und so konnte ein Phantombild von dem Schuft gezeichnet werden.

Das Fürchterliche dabei ist aber, daß der Kerl auf dem Phantombild (schütteres, blondes Haar, Halbglatze, fleischige Nase, Kärntner Gesichtszüge) dem Gaugg Reinhard so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Wie gibt's das, wenn der Chef sagt, der Mann wäre ihm nicht bekannt. Hat jetzt auch schon der Reinhard Gaugg ein Double, und nicht nur der Saddam Hussein und der Chef? Vielleicht ist ja dann das Gaugg-Double besoffen Auto gefahren, und der Reinhard muß jetzt büßen für ihn. Ich seh' schon, die Lage wird immer komplizierter. Aber wenn das so weitergeht mit unseren Obmannswechseln, bin vielleicht ich schon der übernächste



Erscheinungsort Innsbruck Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 44

Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt

Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

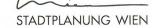
Rücksendeadresse:

Initiative Minderheiten Gumpendorferstraße 15/13 A-1060 Wien











Gefördert aus Mitteln der Volksgruppenförderung

